H 8040 F
Nummer 61
Nov./Dez. 99
3,- Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

9. August - Michendorf * Zwei Männer überfallen einen
nicht-weißen Deutschen, beschimpfen ihn mit „Verschwinde
aus Deutschland", das Opfer erleidet schwerste
Kopfverlet… Am 29. September stirbt er an seinen
Verletzu… 0. August - Bernbach * Auf ein
Asylbewe… ird ein Brandanschlag verübt. In
dem Heim … Menschen. * 23. August - Eggesin *
Mehrere J… jagen zwei Vietnamesen nach einem
Volksfest … sin, schlagen sie an einem
Maschend… en und treten mit
Springerst… n. * 23.
August - Lu… fen einen
22 jährigen … etzen
ihn schwer. …
Asylbewerberh…
August - Lud…
greift drei …
Krankenhaus. * … Fünf Männer
misshandeln ein… 31. August -
Templin * Zwei … greifen einen
vietnamesischen … arkt an. * 6.
September - Pot… r schlagen und
treten einen vi… * 9. September -
Dresden * Zw… nen tunesischen
Asylbewerb… ptember - Rathenow
* Ein ind… einem 17-jährigen
angegriff… ibt der Jugendliche
„Ablehnung … 19. Se rlin * Zwei
Skinheads atta… brasilin 33jährigen
brasilianische… ember - Prenzlau *
Deutsche Män… usiker einer US-
amerikanische… - Oelsnitz * Ein
Punk stirbt … n, die ihm Nazis
zugefügt haben. … ad Grund * Etwa zehn
vermummte, mit Baseballschlägern bewaffnete Personen
überfallen das Asylbewerberheim in Bad Grund. * 11.
Oktober - Hamburg/Schnelsen * Rechtsextremisten bedrohen
am frühen Montagmorgen in einer Asylbewerberunterkunft
im Stadtteil Schnelsen Bewohner mit einer Schusswaffe.
Zuvor hatten sie in der Unterkunft randaliert und
fremdenfeindliche Parolen gerufen. * 12. Oktober -
Stockholm * Der Gewerkschafter Björn Söderberg wird
von Nazis in seinem Haus kaltblütig erschossen * 14.
Oktober - Kiel * Fünf Jugendliche greifen einen 15
jährigen Asylbewerber türkischer Herkunft an und verletz

Inhalt

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Rolandstraße 16 • 30161 Hannover
Postanschrift:
DER RECHTE RAND
Postfach 1324 • 30013 Hannover
Tel.: 0511 / 33 60 209
E-mail: DRR-Redaktion@gmx.net
Druck: Werkdruck Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Harbart

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:

Editorial

Auch Bundestagspräsident Thierse hat es gemerkt: Kaum ein Tag vergeht, an dem in Deutschland nicht Menschen angegriffen, zusammengeschlagen und im schlimmsten Fall sogar getötet werden. Und das, weil sie eine andere Hautfarbe, eine andere Nationalität, eine andere sexuelle Orientierung haben, behindert sind oder weil sie einfach eine andere Meinung haben als die selbsternannten Herrenmenschen. Zurecht kritisiert Thierse, dass neofaschistischem Treiben oft nur zugesehen und in vielen Städten und Gemeinden nicht entschieden genug entgegengetreten werde. Zu fragen bleibt da aber, was die Regierungparteien, zu denen Thierse ja gehört, unternehmen, um der immer offensichtlicher werdenden neofaschistischen Gewalt und der dahinterstehenden Ideologie entgegenzutreten. Massnahmen zu Unterstützung antirassistischer und antifaschistischer Initiativen lassen auch ein Jahr nach Regierungsübernahme auf sich warten. Diese Initiativen - zumindest wenn sie nicht regierungsfreundlich sind - werden eher in altgewohnter Manier argwöhnisch beobachtet. Unsere Zeitschrift darf sich sogar eines eigenen Hinweises im Bundesverfassungsschutzbericht erfreuen. Kritisiert wird darin, dass der Rechte Rand „stark personenzentriert“ arbeitet, also auf die neofaschistischen Akteure hinweist. Namen, so der VS, würden sogar durch Fettdruck hervorgehoben. Dass der VS-Bericht selbst die Namen politischer Aktivisten in seinen Jahresbericht durch Grossbuchstaben hervorhebt, scheint allerdings anderen Regeln zu unterliegen. Ja, und natürlich wird kritisiert, dass auch „vermeintliche Rechtsextremisten“ im Rechten Rand gewürdigt würden. Gemeint sind wohl unsere Hinweise auf Geld- und Ideengeber der Neofaschisten, die an einflussreichen Positionen sitzen und in der bundesdeutschen Gesellschaft oft ein hohes Ansehen geniessen. Ob nun Herr Thierse mit seiner Aussage, dass „rechtsradikale Einstellungen und Übergriffe“ aus der „Mitte der Gesellschaft“ kämen, auch Aufnahme in dem VS-Bericht findet?

Ganz vergessen haben wir, darauf hinzuweisen, dass der Rechte Rand mit dem Heft Nr. 60 zehn Jahre alt geworden ist. Angesichts der allgemeinen Rechtsentwicklung in Deutschland und in weiten Teilen Europas (rechtsradikale Wahlerfolge in Österreich und der Schweiz, Bombenterror in Schweden, um nur einige Beispiele zu nennen), gibt es allerdings auch wenig Anlass zum feiern. Im Gegenteil, auch im neuen Jahr werden wir uns - mit der Hilfe unserer Leserinnen und Leser - bemühen müssen, regelmässig Informationen von AntifaschistInnen für AntifaschistInnen zu erstellen.

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern einen guten Start in das neue Jahr - in der Hoffnung, dass das neue Jahrtausend friedlicher wird als das vergangene.

Der nächste Rechte Rand erscheint Anfang Januar 2000. Redaktionsschluss ist am 14.12.1999.

DER RECHTE RAND - Register

Ein aktuelles Register ist erstellt worden und ist ab sofort erhältlich. Das Register besteht aus zwei Teilen, es umfaßt im ersten Teil alle Namen von Personen, im zweiten Teil alle Namen von Organisationen, Verbänden, Zeitschriften, Verlagen und Gruppen, die in DER RECHTE RAND Nr.1 bis Nr.59 genannt werden. Das Register ist jetzt nur noch auf Diskette erhältlich - nicht mehr als Papierausdruck!

Bestellungen nur schriftlich und gegen Vorkasse an die Redaktionsadresse:
DER RECHTE RAND - Postfach 1324 - 30013 Hannover

Beim Eingang einer Überweisung von DM 10,- auf unser Konto wird die Diskette versandt!

Konto: DER RECHTE RAND, Postbank Hannover Kto.-Nr. 445586-301, Bankleitzahl 250 100 30

Termine

3.-19. November 1999, Northeim: Ausstellung „Zeichne was Du siehst“ - Zeichnungen eines Kindes aus dem Ghetto Theresienstadt/Terezín; Ausstellungspräsentation mit Helga Hošková am 18. November 1999, Berufsbildende Schulen II Northeim, Sudheimer Str. 24, 37154 Northeim

20. November 1999, Münster: Bundesweite Demonstration gegen faschistische und rassistische Gewalt; 13 Uhr Hindenburgplatz

24. November 1999, Eschweiler: „Lieber raus auf die Straße als heim ins Reich“, Vortrag der Bürgerinitiative Eschweiler „Gemeinsam gegen Neonazis“ in Zusammenarbeit mit der örtlichen Volkshochschule zum Thema Schule ohne Rassismus; Referent: Kurt Vermaaten, Schulleiter, Aktion Courage - Schule ohne Rassismus; 20 Uhr im Kulturzentrum Talbahnhof

Andreas Spannbauer

Baseballschläger im Hinterkopf



Nirgends schlagen rechtsextreme Cliquen so brutal zu wie in Brandenburg: Seit 1990 starben 27 Menschen durch rechte Überfälle. Jetzt bekommt die neue SA gleich zweifachen Rückenwind aus dem Parlament. Die „Deutsche Volksunion" (DVU) sitzt seit dem 5. September im Potsdamer Landtag. Und der CDU-Hardliner Jörg Schönbohm betreibt als Innenminister die Integration der Rechtsradikalen.

Selten hat ein gewählter Parlamentarier die Rolle der rechtsextremen DVU so auf den Punkt gebracht wie der frischgewählte Brandenburger DVU-Abgeordnete Werner Firneburg. Befragt nach seiner Meinung zu Überfällen auf Ausländer, antwortete der 70-jährige aus Müncheberg: „Wir machen das auf dem rechtlichen Weg". Gewalt, so der DVU-Politiker mit 30 Jahren Karate-Erfahrung weiter, sei der falsche Weg. Auf die Pflichtübung folgte nur einen Satz weiter die Kür: „Aber im Hinterkopf versteh ich das."

Nirgends treten die Rechtsradikalen so hart zu wie zwischen Elbe und Oder. In der Statistik fremdenfeindlicher Straftaten des Bundesamtes für Verfassungsschutz liegt Brandenburg unangefochten an der Spitze. Nicht weniger als 27 Menschen (!) sind hier seit 1990 nach Angaben der Broschüre „Hinter den Kulissen" von rechten Gewalttätern umgebracht worden. Und allein für den Zeitraum Januar bis Juni 1999 dokumentiert die „Antifaschistische Aktion Berlin" in der Veröffentlichung „Ethnische Säuberungen in Berlin und Brandenburg" über 70 rassistisch motivierte Gewalttaten. Dies sei mehr als dreimal so viel wie vom LfV angegeben, so die Verfasser.

Seit dem 5. September, dem Tag der Landtagswahlen, hat die rechtsradikale Schläger-APO, deren Strategietreffen meist am Alkoholregal der Brandenburger Tankstellen stattfinden, eine parlamentarische Vertretung: Die „Deutsche Volksunion" (DVU). Diese heißt zwar nicht die Mittel, durchaus aber die Ziele gut: „Ausländer raus". Nicht ohne Grund hatte der DVU-Führer Gerhard Frey rund 2,5 Millionen Mark für den „Schwerpunktwahlkampf" in Brandenburg zur Verfügung gestellt. Die Investition sollte sich bezahlt machen: 5,2 Prozent der Brandenburger gaben der Nazi-Partei ihre Stimme. Damit ist die DVU bereits im zweiten bundesdeutschen Landesparlament vertreten.

Das Wahlergebnis gibt zur Beunruhigung allen Anlass. Nach Angaben der „Forschungsgruppe Wahlen" gelang es der DVU vor allem, von der SPD enttäuschte Arbeitslose zu gewinnen. Diese wandern eher nach rechts als zur PDS. Der Charakter als Protestpartei der Vereinigungsverlierer wird der PDS den Analysen zufolge zunehmend von der DVU streitig gemacht, allerdings verlor die PDS keine Stammwähler an die Rechtsradikalen. 30.000 Stimmen konnte die DVU anderen Parteien abtrotzen und gleichzeitig 13.000 Nichtwähler für sich aktivieren. Laut „Infas"-Umfragen sollen 30 Prozent der DVU-Wähler die Ausländerpolitik der Partei überzeugend finden - eine Analyse, die angesichts des alles überdeckenden Rassismus und Sozialchauvinismus der Partei allerdings wenig glaubhaft erscheint, zumal die Brandenburger SPD im Vorfeld mit einer flächendeckenden Aufklärungskampagne an die Brandenburger Haushalte mobil gemacht hatte. Wer in Brandenburg die DVU gewählt hat, der wusste, was er tut. Erschreckend ist auch die Beliebtheit der Partei bei der Jugend. 16 Prozent der unter 30-jährigen Männer fühlten sich von den Hetzparolen der DVU angesprochen. Anders gesagt: Jeder sechste Brandenburger zwischen 18 und 30 findet eine Nazi-Partei attraktiv, die ihrer Wahlwerbung Bestellscheine für Medaillen mit der Visage des NS-Kriegsverbrechers und Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß beilegt.

Von der fünfköpfigen DVU-Fraktion im Potsdamer Landtag ist nicht zu erwarten, dass sie durch eine professionelle Politik von sich reden machen wird. Bisher fiel sie nur durch das Bedürfnis auf, sich zu den Sitzungen von Bodyguards mit Schusswaffen begleiten zu lassen. Die Fraktion setzt sich zusammen aus der Bürokauffrau Liane Hesselbarth (37) aus Strausberg (Märkisch-Oderland), der drei Jahre jüngeren Chemieingenieurin Birgit Fechner aus Belzig (Potsdam-Mittelmark), dem 39-jährige Dreher Michael Claus aus Petershagen (Märkisch-Oderland), dem 70-jährigen Werner Firneburg aus Müncheberg sowie dem Unternehmensberater Sigmar-Peter Schuldt aus Brandenburg/Havel.

Obwohl die DVU erstmals einen Personenwahlkampf geführt hat, versteckten sich die Kandidaten auch diesmal vor Journalisten. Und Spitzenkandidatin Liane Hesselbarth antwortete am Abend der Wahl vor dem Potsdamer Landtag auf die Frage nach ihren politischen Plänen wenig professionell: „Das können Sie im DVU-Parteiprogramm nachlesen." Selbst ein Werbeflugblatt der DVU war - unbewusst selbstkritisch - mit der Frage „Was wollen diese Leute?" überschrieben.

Statt an politischem Ruhm aber wird sich die Partei, die sich gerne über „Diätenfresser" erregt, an beachtlichen Finanzspritzen aus dem Etat des Landtages erfreuen können. Pro Jahr kann die DVU, die in Brandenburg nach eigenen Angaben 400 Mitglieder hat, mit Zuwendungen von deutlich über einer Million Mark rechnen.

Zuwendung erfahren die Nazis auch politisch: Der neugewählte CDU-Innenminister Jörg Schönbohm forderte bei der konstituierenden Sitzung des Landtages „mehr Gelassenheit" gegenüber der CDU. „Wir müssen uns mit der DVU politisch auseinander setzen und sie so entzaubern."

Schönbohms Kurs, die Integration von verfassungsfeindlichen Nazi-Parteien zu betreiben, könnte das Gefährlichste an der ganzen Sache sein. Denn für gewöhnlich hält zumindest die gesellschaftliche Ausgrenzung der Rechtsextremen ihre autoritäre Anhängerschaft auf der Straße dann und wann noch ab, ihre Vorlieben für Rassenhass in die Tat umzusetzen. Schönbohm, den die Berliner Grünen als „willigen Vorbereiter einer politischen Renaissance rechtsradikalen Gedankenguts" bezeichnet haben, verfolgt eine Strategie der Eingrenzung der Rechtsradikalen. Demonstrativ besuchte Schönbohm den von rechtsgerichteten Jugendlichen frequentierten Jugendclub „Flash 29" in Cottbus, nachdem dieser als rechter Treff in die Kritik geraten war und nahm die Insassen in Schutz. „Von NS-Ideologie zu sprechen, ist abwegig", bilanzierte er eine Diskussion mit den Jugendlichen - vier Wochen zuvor waren in Cottbus elf Afrikaner von 20 Rechten in einer Straßenbahn überfallen worden. Demonstrativ gab der ehemalige Bundeswehrgeneral auch der rechtsextremen Wochenzeitung „Junge Freiheit" ein Interview. Und demonstrativ war auch seine Wahlwerbung an die autoritär geprägten rechten Charaktere adressiert: Ein Plakat zeigte den 63-jährigen auf offener Straße neben einem Polizisten in Uniform („Jörg Schönbohm macht Politik nicht vom Schreibtisch aus"), ein anderes forderte: „Das Reisebüro Bräutigam (Justizminister von Brandenburg) muss endlich dicht gemacht werden." Gemeint waren schärfere Sicherheitsvorkehrungen in Brandenburger Gefängnissen. Von der DVU-Parole „Kriminalität hart bekämpfen" nebenan unterschied sich das Schönbohm-Plakat nur durch den größeren Einfallsreichtum.

Die SPD ist gegenüber dem neuen Koalitionspartner bereits eingeknickt: Der Begriff „Rechtsextremismus" taucht in der Koalitionsvereinbarung nicht auf, kritisierte die PDS. Und ganz demokratisch wollte der Fraktionschef der SPD die DVU-Abgeordnete Hesselbarth in das Präsidium des Landtages wählen, als vertrete sie eine Partei unter anderen. Bereits vor den Wahlen hatte die SPD-Regierung der linken Opferperspektive, eines der wenigen Projekte, dessen Angehörige sich in Brandenburg um die Opfer rechter Gewalt kümmern, die Geldmittel gestrichen. Mehr denn je gilt für Brandenburg das Wort des Ministerpräsidenten Manfred Stolpe: „Das Thema Ausländerfeindlichkeit gehört leider zu unserem Alltag." Seit dem 5. September gibt es zwei Gründe mehr, warum sich daran auch in den nächsten Jahren nichts ändern wird.

Karl Chemnitz

Freistaat Sachsen: Bahn frei für faschistische Schläger und Mörder?

„Bahn frei: Zur Schaffung und Sicherung „befreiter Zonen“ gehört es auch, auf der Straße Flagge zu zeigen“ verkündet der Redakteur der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“, Christian Rogler. Die monatlich erscheinende Zeitung ist in Sachsen jetzt an jedem Kiosk zu kaufen. Was der österreichische Neo-Nazi zum besten gibt ist ein kaum verdeckter Aufruf zur Gewalt.

In der Oktober-Ausgabe schreibt Rogler von „Notwehr“-Maßnahmen gegen „Antifa-Unruhestifter“ oder kriminelle „ausländische Mitbürger“ aus Motiven des Selbst- und Bürgerschutzes. Trotz des relativ schwachen Wahlergebnisses der NPD bei den Landtagswahlen am 19. September, statt der erhofften 5% reichte es nur zu mageren 1,4 % der WählerInnenstimmen, fühlen sich die Kader der Nazi-Partei nicht am Ende. Das Wahlergebnis bescherte den Neo-Nazis zum ersten Mal Gelder aus dem staatlichen Topf: Wahlkampfkostenerstattung. Die werden in den nächsten fünf Jahren in die Parteikasse fließen und dazu beitragen, dass in Sachsen neue Strukturen aufgebaut werden können. Hinter der großkotzigen Ankündigung eine „couragierte Gegenmacht“ zu installieren und „kulturelle Freiräume“ zu erobern steckt die Strategie mit Angst und Terror Politik zu machen. Seit etwa einem halben Jahr haben sich in einigen Regionen von Sachsen die Neo-Nazis mit feigen Angriffen und Mordversuchen an schwächeren zurückgemeldet.

„Katja - Keine Chance gegen Springerstiefel“

titelte die „Sächsische Zeitung“ am 23. September und berichtete über Nazi-Übergriffe am Wochenende vom 11./12. September während des Stadtfestes in Löbau. Schon Wochen vorher hatten Neo-Nazis im alternativen Jugendzentrum „Klinik“ angekündigt, dass es beim Stadtfest zu Übergriffen kommen werde. Die „Sächsische Zeitung“ schreibt von einem regelrechten Aufmarsch von 50 Neo-Nazis, den die Polizei nicht unterbinden konnte. In der Tat, am Samstag-Abend ging die 17-jährige Katja mit anderen, linken Jugendlichen durch Löbau, als sie von ca. 25 Neo-Nazis angegriffen wurden. Die Neo-Nazis ballerten mit einer Pistole in die Luft und schwangen Baseball-Schläger über ihre Köpfe. Katja flüchtete mit ihrer Freundin in eine Gasse und bemerkte, dass ihnen drei Neo-Nazis entgegenkamen. In der Hoffnung, dass diese sie aufgrund ihres unauffälligen Äusseren nicht beachten würden, gingen die beiden Mädchen weiter. Als die Neo-Nazis auf gleicher Höhe waren, hielt Tobias Feige, ein Mitglied der Nazi-Bande „Odins Legion“, Katja eine Pistole an den Kopf, die aber von Katjas Freundin weggeschlagen werden konnte. Daraufhin schlugen Feige, Silvio Krieg und Ralf Lehmann mit mindestens einem Baseballschläger auf Katja ein und traten ihr ins Gesicht. Katja wurde das Jochbein, das Nasenbein und der Oberkiefer gebrochen. Die Eltern von Katja erstatteten Anzeige. In der Presse hieß es zunächst, dass eine Frau nach einem „Wortwechsel“ verletzt worden sei. Die drei Nazi-Schläger wurden vier Tage nach der Tat verhaftet und in U-Haft verbracht. Die Eltern von Katja durften das aus der Zeitung erfahren. Die wenig kooperative Polizei wollte in der Tat keinen politischen Hintergrund erkennen. Die „Sonderkommission Rechtsextremismus“ (SoKoRex), die eine Aussenstelle in Ostsachsen führt, konnte hier auch nicht aufklären. Dabei sind die drei Nazi-Schläger keine Unbekannten. Tobias Feige ist nicht nur Mitglied von „Odins Legion“, sondern läuft auf NPD-Aufmärschen als Transparentträger herum, auf denen für den „Nationalen Widerstand Oberlausitz“ geworben wird. Silvio Krieg verkehrt regelmäßig im „Jugendklub Glossen e.V.“ in Glossen bei Löbau. In der vom Jugendklub betriebenen Baracke durfte im März 1998 der Nazi-Propagandist Frank Rennicke ein Konzert abhalten und die „Jungen Nationaldemokraten“ veranstalteten ein Schulungswochenende, an dem der norddeutsch Nazi-Kopf Christian Worch zu den sächsischen KameradInnen sprechen konnte. In diesem Jugendklub ist „Odins Legion“ zuhause, eine Kameradschaft mit engen Beziehungen zur Kameradschaft Oberlausitz und zum „Nationalen Widerstand“ Oberlausitz sowie zur NPD.

Patrick - Kein Vergeben und kein Vergessen!

Am 2. Oktober erlag Patrick aus dem sächsischen Oelsnitz den Verletzungen, die ihm seine Gegner aus der faschistoiden Skinheadszene zugefügt hatten, die sich zum Teil selbst als „Hools, Nazis und Rassisten“ (HooNaRa) bezeichnen. Schon das ganze Jahr über war es in Hohenstein-Ernstthal zu gewalttätigen Angriffen von rechten Skinheads auf NutzerInnen des Jugendzentrums „Off is“ gekommen. Nach dem Mord an Patrick weigern sich Stadt und Bevölkerung offensiv gegen die Gewalttäter vorzugehen. Hohenstein-Ernstthal ist kein Einzelfall. Seit Monaten zieht sich erneut eine Blutspur durch die gesamte Bundesrepublik und es gibt kaum Unterschiede zwischen Ost und West. 200 Tote ist die grausame Bilanz des rechten Wahnsinns in der neuen Republik und es ist kein Ende in Sicht.

„Nazi-Banden raus!“ „Mord an Punk: Rache!“

Mit insgesamt 21 Parolen verschafften sich etwa 150 AntifaschistInnen am Tag nach dem Mord an Patrick an den Häuserwänden von Hohenstein-Ernstthal eine Öffentlichkeit, die ihnen die bürgerlichen Medien nicht einräumte. Groß war die Aufregung über die nächtlichen „Schmierereien“. In Sachsen wird seit geraumer Zeit der Tatbestand der „Sachbeschädigung“ durch Sprühereien schärfer verfolgt als Gewalttaten, die Rechtsradikale begehen. Sogenannte „Sicherheitswachten“ - von freiwilligen BürgerInnen gebildet - und eigens eingerichtete Bürgertelefone sollen dafür sorgen, dass Sachsens Wände sauber bleiben. Auf diesem kleinbürgerlich-spießigem Boden kann der Neo-Faschismus wachsen.

Spuren der Gewalt

Hohenstein-Ernstthal, eine „Schlafstadt“ in unmittelbarer Nähe von Chemnitz hat neben einem Hauptbahnhof und einem Karl-May-Haus nicht viel Attraktives zu bieten. Die Jugend trifft sich im Jugendhaus oder im rechten Jugendclub Neubaugebiet. Im Jugendhaus „Off´is“ kümmert sich eine Sozialpädagogin um die Jugendlichen. In der letzten Zeit fanden dort einige „Punk-Konzerte“ statt. Gegenüber dem Jugendhaus liegt die Diskothek „La Belle“. Deren Chef läßt seine Tanzveranstaltungen von einem Sicherheitsdienst aus dem benachbarten Chemnitz sichern. Die „Security-Firmen“ schossen wie Pilze aus der Erde und boten etlichen Nazi-Skins einen Job. In Chemnitz sichern Nazi-Skins das „Alternative Jugendzentrum“ vor Übergriffen von Nazis. Ein Treppenwitz, wenn man sich erinnert, dass vor zwei Jahren ca. 50 Nazi-Skins das AJZ überfielen.

Seit März 1999 nahmen die Überfälle „rechtsorientierter Jugendlicher“, wie es in den lokalen Medien heißt, zu. Am 13. März wurde ein 16-jähriger Schüler überfallen, der seine Freundin nach dem Besuch des Jugendhauses nach Hause begleitete. Die Polizei ermittelte wegen „schwerer Körperverletzung“. Bereits eine Woche später wird ein 13-jähriges Mädchen mit einer Fahrradkette zusammengeschlagen. Das Kind erlitt ein Gehirntrauma. Am folgenden Wochenende wird ein Jugendlicher auf dem Heimweg auf dem Altmarkt zusammengehauen. Als andere die rechten Täter zur Rede stellen wollen, kommt es zu tätlichen Auseinandersetzungen und Bedrohungen mit Messern sowie Sachbeschädigungen vonseiten der Rechten. Diese Taten werden polizeilich verfolgt und bestraft. Am 20. April feiern Jugendliche im Jugend-Club Neubaugebiet „Hitler-Geburtstag“. Am 19. Juni wird ein Mitglied des Jugendhauses auf dem Fest der Raiffeisenbank zuammengeprügelt. Am 27. August verletzt ein Security-Angestellter der Diskothek „La Belle“ ein Jugendhaus-Mitglied. Der Notarztwagen bringt den verletzten Jugendlichen ins Krankenhaus. Am 1. Oktober veranstaltet das Jugendhaus eine „Punkfete 1999“. Bereits am frühen Abend werden einzelne Punkkonzertbesucher auf dem Parkplatz angegriffen. Am Hauptbahnhof von

Hohenstein-Ernstthal kommt es zu einem schweren Übergriff auf ein jugendliches Pärchen. Dem Mädchen wird der Brustkorb eingetreten, dem Jungen das Gesicht zerschlagen. Beide werden in ein nahegelegenes Krankenhaus eingeliefert. Am Jugendhaus eskaliert die Situation, als Besucher des Punk-Konzerts die Diskothek „La Belle" angreifen, die sie als Ausgangspunkt der rechten Gewalt erkannt hatten. Als die Polizei, die durch Zivilstreifen den ganzen Abend vor Ort war, endlich einschreitet, gibt es unter den Jugendhaus-BesucherInnen schon sieben Verletzte. Die Polizei nimmt die Punk-Konzert BesucherInnen in „Schutzhaft", so die Jugendbetreuerin Heidi Urban. Die vermutlich von der Security herbeitelefonierten Nazi-Skins aus Chemnitz und Umgebung bleiben unbehelligt und fangen an auf vereinzelte, nach Hause gehende Punk-Konzert-BesucherInnen Jagd zu machen. Patrick hat sich mit seinem Freund auf den Heimweg gemacht. Beide haben schon einige Kilometer hinter sich, als in der Ortschaft Oberlungwitz ein blauer Transporter hält. Aus dem Fahrzeug sollen laut Polizeibericht 2-4 Jugendliche (!) gestürmt sein und die beiden „Punks" angegriffen haben. Der Freund von Patrick stellt sich nach den ersten Schlägen tot und wird von den faschistoiden Schlägern nicht weiter angegriffen, Patrick wird noch mehrmals getroffen. Als der Notarztwagen eintrifft, wird sofort der Rettungshubschrauber gerufen und der schwer am Kopf verletzte Patrick in die Klinik nach Zwickau verbracht, wo er am späten Vormittag seinen schweren Verletzungen erliegt. Sein Freund muß den Weg zum Krankenhaus alleine gehen.

Die Polizei: allen ein Freund und Helfer?

Die Polizei hatte zunächst nichts Besseres zu tun, als ihn wegen unterlassener Hilfeleistung zu belangen. Das Ansinnen wurde aber unterbunden. In ersten Presseerklärungen versuchte die Polizei die Schuld an der Eskalation den Punks oder „linksgerichteten" Jugendlichen in die Schuhe zu schieben. Die örtliche Presse machte auf einige Widersprüche in den Polizeimeldungen aufmerksam. Gut eine Woche nach diesen Vorfällen wurde die berüchtigte „Sonderkommission Rechtsextremismus" (SoKo-Rex), die in Sachsen angeblich alles im Griff hat, in die Ermittlungen einbezogen. Von den Mördern fehlt bisher jede Spur. Dabei ist offenkundig, dass Angestellte der Security mit Transportern zu ihrem Dienst fahren. Am 2.10., dem Todestag von Patrick, kommt es kurz vor Mitternacht zu einem weiteren Vorfall in Hohenstein-Ernstthal: ein etwa 30-jähriger Bürger der Stadt wird von einer 15köpfigen Bande rechter Jugendlicher durch die Stadt gejagt. Der Oberbürgermeister der Stadt, Erich Homilius, zeigte sich im Regionalfernsehen sichtlich betroffen. Sein TV-Statement: „Es wird keine Punk-Konzerte mehr geben!" In der Stadt wird über die Schließung des Jugendhauses gesprochen. Die Jugendlichen zeigen sich eingeschüchtert und reinigen die Häuserwände von den antifaschistischen Parolen. Für einen ordentlichen Trauermarsch würden sie auf die Straße gehen, eine kraftvolle Antifa-Demonstration jedoch lehnen sie aus Angst vor der drohenden Schließung ihres Jugendtreffs ab.



„Wer die Jugend hat, hat die Zukunft" / Warum junge ... national wählen. Seite 3

Sachsen Stimme

Auflage: 1,5 Millionen — Nationaldemokratische Zeitung für Sachsen — August /September 199

10.000 Lehrstellen... fehlen allein in den sogenannten „neuen Ländern". Und die regierenden Christdemokraten haben für die Probleme der Jugend offenbar kein Gehör. Seiten 2 und 3

Soziale Gerechtigkeit... ist ohne nationale Solidarität nicht machbar! Warum die NPD in Sachsen für eine „neue Wende" plädiert und sich stärker für das Gemeinwohl einsetzen will. Berichte auf den Seiten 3 und 4

Eine echte Oppositio... zu den etablierten Parteien ist die NP... Auf Seite 2 gibt Winfried Petzo... Landesvorsitzender und Spitzenkand... dat der NPD in Sachsen, Auskunft üb... die Ziele seiner Partei.

Lesen Sie auch: *Gläserner Landtag* Was die NPD als ...ppositionspartei in ...en erreichen will. ...icht auf S... 3

Sachsen hat die Wahl

Eine politische Wende ist überfällig, doch was können Wahlen ändern?

Am 19. September werden die Sachsen zum zweiten Mal in diesem Jahr an die Urne gerufen - doch was soll ...an eige...lich wäh...

„Volkspartei" regieren lassen. So funktioniert die „Demokratie" hierzulande. Dabei gibt es durchaus eine Möglichkeit, mit der die Bürger ihre Ablehnung gegenüber dem etablierten Parteienkartell und den immergleichen Berufspolitikern ...sdrücken können: Wer seine ...me der Partei gibt, die tat...

Sachsen-Wahl

Prof. Dr. Nier: „Auf dem Weg in eine neue Gesellschaft"

Ein Philo...

Nicht nur im Osten

Wenn von neofaschistischem Terror die Rede ist, denken die meisten gleich an die ostdeutschen Bundesländer. Doch das von vielen Medien gezeichnete Bild entspricht nicht ganz der Realität. Auch in Westdeutschland sind Übergriffe von Neonazis - oft gezielter als im Osten - an der Tagesordnung.

Überfall auf Gruppenraum der Falken

Am 25 September diesen Jahres überfielen 15 rechtsradikale Skinheads das Café Che der sozialistischen Jugend „Die Falken" in Braunschweig. Mehrere Jugendliche im Alter von 14-20 Jahren werden verletzt, die Einrichtung wird zerstört.

Überfall auf Punk- und Oi-Konzert

Am 11. September greifen rund 40 Neonazis ein Punk- und Oi-Konzert in Moers an. Während 10 Neonazis im Verlauf des Konzertes eine Massenschlägereien provozieren, bewerfen die außerhalb des Konzertraumes wartenden Neonazis flüchtende Konzertteilnehmer mit Flaschen und schlagen auf sie mit Baseballschlägern ein.

Überfall auf Flüchtlingswohnheim in Hamburg

In der Nacht vom 10. auf den 11. Oktober greifen drei Neofaschisten mit „Sieg-Heil"- und „Heil-Hitler"-Rufen ein Flüchtlingswohnheim in Hamburg-Schnelsen an. Sie bedrohen die Bewohner mit einer Pistole, schießen mehrfach in die Luft und zerstören Teile der Einrichtung. Die Polizei erscheint erst nach eine Stunde, nachdem sie benachrichtigt worden war, am Tatort.

Angriff auf Kirmesbesucher

In der Nacht vom 1. auf den 2. Oktober greifen 15 rechtsradikale Skinheads in Oldenburg BesucherInnen des traditionellen Kramermarktes an. Ein ausländischer Besucher des Festes wird mit einem Bierglas verletzt. Am darauf folgenden Tag verteilen rund 40 Skinheads „Kopfnüsse" und verletzen unter „Sieg-Heil"-Rufen mehrere FestbesucherInnen.

Überfall auf Flüchtlingswohnheim in Bad Grund

Ebenfalls in der Nacht vom 10. auf den 11. Oktober greifen zehn Maskierte ein Asylbewerberheim in Bad Grund an. Zwei Personen werden mit Baseballschlägern schwer verletzt, eine davon lebensgefährlich. Die bisher unbekannten Täter zertrümmern außerdem die gesamte Einrichtung der Unterkunft.



Mit einer Demonstration solidarisierten sich rund 200 Menschen mit den Opfern des rassistischen Angriffs

Herbert Kalus

Rieger in Hameln

Mehr als vier Millionen Mark soll der Neonazi-Rechtsanwalt Jürgen Rieger aus Hamburg für ein Hamelner Kino auf den Tisch geblättert haben. Nach eigenen Angaben will Rieger durch eine Anzeige in der „Welt" auf die Immobilie aufmerksam geworden sein. Das Haus, zu dem auch mehrere Wohnungen gehören, erwarb er über einen Makler von dem in Andorra ansässigen Ehepaar Sabine und Hans Brockstedt. Die wollen von den politischen Aktivitäten Riegers jedoch keine Kenntnis gehabt haben.

Öffentlich erklärte Rieger der örtlichen Presse gegenüber, dass er in erster Linie geschäftliche Interessen an dem Objekt habe. Die Union-Kino-Betriebsgesellschaft, die das Kino in der Deisterstrasse betreibt, hat noch einen Mietvertrag bis zum Jahre 2005. Aus dem will Rieger sie auch nicht früher entlassen. Angeblich soll er sogar Interesse an einer Verlängerung des Vertrages geäußert haben. Andernfalls will er das Haus einem anderen Kinobetreiber anbieten. Im Notfall „mache ich daraus einen Supermarkt", erklärte Rieger.

Schon häufiger in der Vergangenheit war Rieger mit Immobiliengeschäften aufgefallen. Vor einigen Jahren war der Kauf einer Villa im niedersächsischen Hetendorf nur durch massive Proteste der Dorfbewohner zu verhindern gewesen. Sie befürchteten wohl zu Recht, dass damit eine Erweiterung des schon damals existierenden Neonazi-Zentrums in ihrem Dorf geplant war. Hetendorf 13, so der Name dieses Zentrums, befand sich bis zum Verbot 1997 im Besitz des „Heideheim e.V.", dessen Vorsitzender ebenfalls Rieger war.

1995 kaufte Rieger in Schweden ein 650 Hektar grosses Gut, auf dem er mit jungen deutschen Familien die Theorien seiner „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung" in die Praxis umsetzen wollte. Dafür konnte er sogar EU-Gelder locker machen.

Woher die Gelder für den Kauf des Hamelner Kinos stammen, ist noch nicht geklärt. Vermutet wird allerdings, dass Rieger sein privates Vermögen durch Erbschaften von Alt-Nazis, die ihn als Statthalter ihrer Ideen sehen, vergrößert.

Im Rathaus der Stadt Hameln sieht man derzeit keine Möglichkeiten gegen den Verkauf des Hauses an den Hamburger Rechtsanwalt tätig zu werden, allerdings – so Stadtdirektor Koss – bleibe ein „ungutes Gefühl".



Neue Einnahmequelle oder politisches Betätigungsfeld?

„Vandalen" verjagt

Schliessung des Clubhaus in Weißensee nach massivem antifaschistischen Widerstand besiegelt

Nachdem bei einer Polizeidurchsuchung Mitte des Jahres der zentrale Treffpunkts der faschistischen Szene in Berlin-Brandenburg, der auch international eine Bedeutung im braunen Netzwerk hatte, bekannt geworden war, formierte sich unter maßgeblicher Beteiligung der Antifa Weißensee und des Antifaschistischen Aktionsbündnis III ein Zusammenschluss von über 40 Einzelpersonen, Parteien und Gruppen, darunter die Vizebürgermeisterin aus Weißensee. Diesem Bündnis und seiner massiven Öffentlichkeitsarbeit ist es nun zu verdanken, daß der Vermieter der Räumlichkeiten in Berlin-Weißensee den „Vandalen" gekündigt hat.

Faschistische „Rocker"

Die 1982 gegründeten „Vandalen" kommen aus der Ost-Berliner Heavy-Metal-Szene und bezeichnen sich selber als „Ariogermanische Kampfgemeinschaft". Seit Mitte der 80er Jahre betrieben die „Vandalen" auf einem ehemaligen Fabrikgelände in Weißensee ihr Clubhaus. Schon vor der Wende hatten sie gute Kontakte zu westdeutschen Naziorganisationen, unter anderem zu Arnulf Priem, zu Kadern der FAP und der ebenfalls verbotenen „Wiking-Jugend". Anfang der 90er Jahre intensivierte sich die Zusammenarbeit zwischen den Faschisten. Die „Vandalen" waren aktiv am Aufbau der faschistischen Strukturen in Ostdeutschland beteiligt, so etwa an Wehrsportlagern und an den jährlichen Treffen in Halbe.

Nicht nur westdeutsche Faschisten hatten so einen ihrer besten Anknüpfungspunkte in Ostberlin, auch internationale Naziterroristen verfügten über gute Verbindungen zu den „Vandalen", z.B.: Joos Vermeehren, Chef des belgischen „Vlaams Blok", oder auch die VAPO-Aktivisten Günther Reinthaler und Peter Binder. Die „Vandalen" versteckten die gesuchten Naziterroristen nicht nur bei sich, sondern vermittelten auch Kontakte zu Waffendealern.



An Fotos nicht interessiert: „Vandale" in Berlin

Heute arbeiten die „Vandalen" eng mit der NPD und dem „Blood & Honour"-Netzwerk zusammen, zum Beispiel bei der Organisierung von Nazipartys und -konzerten. Die „Vandalen" betreiben nicht nur einen Partyservice mit Faßbier-Großhandel, Mitglieder gründeten 1993 auch die Band „Landser", deren Texte verboten sind. Mit Zeilen wie „wenn in der Nacht die Kreuze brennen, dann könnt ihr stinkenden Kaffer um eure Leben rennen" ruft „Landser" offen zur Ermordung von Immigranten auf.

„Vandalen" müssen weichen

Am 24. Juli wurde durch eine Durchsuchung der Polizei bekannt, dass sich das Clubhaus der „Vandalen" auf einem ehemaligen Fabrikgelände befindet. Hans B., Mitglied der „Vandalen", wollte an diesem Tage seine Hochzeit mit Susanne Bauer feiern. Die 29jährige arbeitet in der Pressestelle der NPD in Stuttgart. Aus dem ganzen Bundesgebiet waren bekannte Faschisten gekommen, so auch der Betreiber des „Cafe Germania" in Dresden, Helmar Braun, und der durch seinen NPD-nahen Musikvertrieb bekannte Jens Pühse.

Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit - gerichtet an Presse, Lokalpolitiker und Abgeordnete - setzte die Antifa Weißensee zusammen mit dem Antifaschistischen Aktionsbündnis III [AAB III] die „Vandalen" und den Vermieter „Elf Oil Deutschland GmbH" unter Druck. Teil der Kampagne war auch die von über 800 Menschen besuchte Demonstration am 11.09.99, in deren Folge die „Elf Oil Deutschland GmbH" schliesslich den „Vandalen" die Räumlichkeiten kündigte. Der Vertrag enthält die Klausel auf ein Jahr Kündigungsfrist (30. September 2000), die Clubhausbetreiber selber wollen aber bereits vor Ende des Jahres den Treffpunkt aufgeben.

Die Informationen in diesem Artikel stammen von der Antifa Weißensee.

Ludwig Meyer

„Anti-Antifa“ aktiv

Neonazis sammeln Daten über vermeintliche „Volksfeinde“

Immer wieder werden Fälle von Datensammelei von Neonazis bekannt. Meistens handelt es sich dabei um Versuche, die regionale Antifaszene auszuspionieren, oder um das simple Zusammentragen von bekannten Informationen über politische FunktionsträgerInnen, Staatsanwälte oder JournalistInnen. Der folgende Fall ist etwas ernster zu nehmen. Die rechten Datensammler von der Saar, allen voran der 16-jährige Ronnie Reimer aus Schifferstadt, verfügen nicht nur über gute Kontakte zu anderen AktivistInnen der „Anti-Antifa“, sondern auch zu rechtsterroristischen, militanten Kreisen.

Bereits 1998 rief Reimer in einem Flugblatt unter dem Titel „Staatsfeind - Stimme der Anti-Antifa Kurpfalz“ seine Gesinnungsgenossen dazu auf, ihm Namen und Adressen von AntifaschistInnen zu schicken. In der ersten Ausgabe des von Reimer herausgegebenen Nazi-Fanzines „Pfalzfront“, erscheint Anfang diesen Jahres eine Anzeige, in der angeboten wird: „Wer von Antifaschisten aus seiner Umgebung Adressen haben möchte, der kann gegen 1,10 DM welche haben.“ Als Kontaktadresse fungiert ein Postfach in Waldsee bei Schifferstadt. Darüber verschickte Reimer unter anderem eine schwarze Liste mit Berliner Adressen. Auf dieser stehen 40 Namen von Personen, die in das Visier der Neonazis gelangt sind, darunter Bezirksbürgermeister und Bezirksverordnete der PDS und SPD, mutmaßliche Mitglieder von Antifagruppen, sowie verschiedene Einzelpersonen. Benannt werden ebenso mehrere JournalistInnen, die sich mit dem Thema Rechtsextremismus beschäftigen, aber auch LeserbriefschreiberInnen in diversen Zeitungen. Katalogisiert werden neben Adresse und Telefonnummer auch Angaben zu „Gesinnung/Partei“, Treffpunkten, Hobbies und Familienverhältnisse. Die aufgeführten Informationen zeigen eine gewisse Mühe der Verfasser, da einige Informationen auf eine gewisse Recherchetätigkeit schließen lassen. Bei der Einschätzung der jeweiligen Personen geht den Verfassern dann doch etwas die Phantasie durch. So finden sich auf der Liste Angaben wie: „hat Erfahrung im Bombenbau“ oder „kümmert sich um die Nachwuchswerbung“. Andere Betroffene müssen sich Bezeichnungen wie „linker Schreiberling“ oder „Multi-Kulti-Propagandist“ gefallen lassen und auch die scheinbar obligatorische Bewertung „Drogendealer“ darf natürlich nicht fehlen. Insgesamt umfasst die Liste ein Spektrum von Personen, die den Neonazis durch die unterschiedlichsten Aktivitäten aufgefallen sind. So reicht bereits das Schreiben von Leserbriefen oder das Schalten von Anzeigen in linken tageszeitungen, um in das Visier der Neonazis zu geraten.

Anhand dieser Liste zeigt sich also einmal mehr, wer von der „Anti-Antifa“ als „Volksfeind“ subsummiert wird. Die Neonazis stufen nicht nur Mitglieder von Antifagruppen, sondern auch vermehrt JournalistInnen, Staatsanwälte, Richter und alle, die sich in irgendeiner Form gegen Rechtsextremismus engagieren oder auch nur irgendwie positiv gegenüber MigrantInnen verhalten, als ihren politischen Gegner ein. Dabei geht es ihnen nicht nur um Einschüchterung und Mundtotmachen aller gegen sie gerichteter Stimmen, sondern auch um die Verschärfung des gesellschaftlichen Klimas. Dass dazu das Sammeln von Informationen allein nicht ausreicht, sondern diese Informationen auch praktisch genutzt werden sollen, liegt auf der Hand. Deshalb finden sich im Umfeld von „Anti-Antifa“-Gruppen durchaus auch Spuren in Richtung Rechtsterrorismus.

Die „Nationale Volksfront“

Am Beispiel der „Nationalen Volksfront“ (NVF) und der „Anti-Antifa Kurpfalz“ wird deutlich, wie nahe Teile der neofaschistischen Szene, und mit ihnen auch Teile der Parteigänger der NPD, an einer rechtsterroristischen Praxis sind.



Ronnie Reimer (vorn mit Fahne), Rostock 1998

Seit 1996 ist die NVF im Raum Neustadt/ Schifferstadt aktiv. Ihr werden ca. 20 bis 30 Personen zugerechnet. Als Kontaktadresse für ihr Mitteilungsblatt, den „Volkssturm“, firmiert bezeichnenderweise ein Postfach in den Niederlanden, dass auch schon der „Neuen Front“ von Michael Kühnen als Ausweichadresse diente. In der inzwischen eingestellten Publikation „Reichsruf“ wurden ebenfalls Adressen von politischen Gegnern veröffentlicht, darunter auch von gegen die NVF ermittelnden Staatsanwälten.

Zwischen der NVF und der „Anti-Antifa-Kurpfalz“ gibt es nicht nur inhaltliche, sondern auch personelle Überschneidungen. Anfang August diesen Jahres verschickte Ronnie Reimer einen Brief, in dem er Drohungen gegen ein linkes Jugendzentrum ausspricht. Darin gibt er zudem die Umbenennung der „Anti-Antifa Kurpfalz“ in „Anti-Antifa Saar-Pfalz“ bekannt. Im Briefkopf sind als Absender die Adressen der NVF, „Kameradschaft Neustadt/Weinstraße“ und der „Kameradschaft Ludwigshafen“, „Anti-Antifa Saar-Pfalz“ angegeben. Reimer kündigt in diesem Brief auch die Herausgabe eines 20-seitigen Heftes mit dem Titel „Werwolf“ an, in dem Privatadressen von AntifaschistInnen veröffentlicht werden sollen.

Im März 1998 fanden u.a. in Neustadt 14 Hausdurchsuchungen wegen der Schändung eines jüdischen Friedhofes statt. Die Polizei stieß dabei auf ein umfangreiches Waffenarsenal. Sieben Maschinenpistolen, elf Gewehre, sechs Faustfeuerwaffen, 8.000 Schuß Munition, mehrere Kilo Pulver und Zünder, Nachtsichtgeräte und drei Minen wurden beschlagnahmt. Mit einer der Maschinenpistolen war 1996 ein Anschlag auf einen Döner-Imbiß verübt worden.

Die Tatverdächtigen in diesem Fall stammten ebenfalls aus dem Kreis der NVF. Einem Prozeß u.a. wegen Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und der Herausgabe des „Reichsruf“ sieht momentan auch das 23jährige NVF-Mitglied Peter Michael Bar entgegen. Bar, der gerade vorzeitig aus der Haft entlassen wurde, bezeichnete in einem Interview mit Reimers „Pfalzfront“, Kay Diesner, den Attentäter aus Berlin, als Mann der Tat und aufrechten Kameraden. Den „Weißen arischen Widerstand“ (WAW), zu dem sich Diesner bekannte, bezeichnet Bar als autonome Vereinigung, die noch für viel Aufsehen sorgen wird. In der 4. Ausgabe des „Süd-West Wind“ findet sich ein Artikel von Bar über seine Vorstellungen von einer konspirativen Bewegung im Untergrund. Doch Bar betätigt sich auch als „Aufklärer“ der „Anti-Antifa“. Am 26. August 99 wurde er in Mannheim in unmittelbarer Nähe einer linken Kundgebung festgenommen.

Hier zeigt sich wie ungeeignet die Versuche sind, die „Anti-Antifa“-Aktivitäten ausschließlich an ihrer zugegeben bescheidenen intellektuellen Qualität oder den zahllosen Fehlern und Fehleinschätzungen auf ihren „Feindeslisten“ zu beurteilen. Wenn sich zum Sammeln von Informationen über den politischen Gegner noch Kontakte, die auf die Zusammenarbeit mit Kreisen der alten NSDAP/AO, auch im europäischen Ausland, deuten, und ein scheinbar unbegrenzter Zugang zu den verschiedensten Waffen gesellen, ist eine solche Entwicklung nicht mehr zu unterschätzen. Denn dass es nicht immer nur bei Drohungen bleibt, beweist ein versuchter Rohrbombenanschlag auf ein Mitglied der PDS in Berlin-Treptow, das sich auch auf der „Anti-Antifa“-Liste aus der Kurpfalz wiederfindet.

Claudius Tiefendorfer

Verhandlungspartner Haider?

Die „Freiheitlichen“ legen bei den Wahlen zu

Das lange Warten hat nun endlich ein Ende. Neun Tage nach der Nationalratswahl wurden auch die restlichen 217.000 Wahlkarten ausgezählt, also Stimmkarten von Auslandsösterreichern oder Urlaubern. Was sich allerdings in den vorangegangenen anderthalb Wochen in der kleinen Alpenrepublik abgespielt hat, lässt für die kommenden Monate nichts gutes erahnen. Als wenig sympathischer Hauptdarsteller entpuppte sich dabei die „Österreichische Volkspartei“ (ÖVP) mit ihrem Parteichef Wolfgang Schüssel. Obwohl prozentual auf einen historischen Tiefstand gesunken, gaben sich die „Schwarzen“ als große Sieger aus, mehr noch: mit stolzgeschwellter Brust lassen sie nun um sich werben.

Dabei hatte Schüssel noch wenige Tage vor der Wahl am 3. Oktober trotzig verkündet, ein dritter Platz hinter den „Freiheitlichen“ (FPÖ) von Jörg Haider würde den Gang in die Opposition bedeuten. Dieser unerwartet mutige Schachzug hat ihm zwar bei den Wahlen selbst den Fall in die absolute Bedeutungslosigkeit erspart, doch die Auszählung der Wahlkarten stürzte die ohnehin zerrissene ÖVP neuerlich in eine große Gewissenskrise. Denn man liegt nur 415 (!) Stimmen hinter der FPÖ, beide Parteien errangen 26,91 Prozent der Stimmen und die gleiche Mandatszahl im Parlament, nämlich 52. Damit konnte niemand rechnen. Für Schüssel, der es sich am Ende seiner politischen Karriere gern auf dem Kanzlersessel bequem gemacht hätte, brechen nun Tage der Ungewissheit an, denn viele seiner Parteifreunde, vor allem die mächtigen „schwarzen“ Landeshauptleute, befürworten weiterhin den Gang in die Opposition. Schüssel dagegen wird um eine weitere Regierungsbeteiligung kämpfen. Und verliert dadurch wiederum an Glaubwürdigkeit - auch in den eigenen Reihen.

Ebenfalls Gefallen an einer Oppositions-Rolle gefunden hat mittlerweile auch (Noch-) Bundeskanzler und SPÖ-Vorsitzender Viktor Klima, der „nicht um jeden Preis“ in der Regierung verbleiben müsste, wie er selbst sagt. Damit haben die beiden ehemaligen Großparteien allerdings den Weg für „ihn“ frei gemacht. „Er“ spricht unverhohlen aus, was ein Großteil der Österreicher denkt, „er“ will mit den veralteten rot-schwarzen Strukturen aufräumen, bei „ihm“ würde kein Stein auf dem anderen bleiben, wie „er“ es so trefflich zu formulieren pflegt. Der Rechtspopulist Jörg Haider hat es als lachender Dritter nicht nur am leichtesten, seinen Standpunkt klarzumachen, er avancierte durch den überaus durchsichtigen, gesichts- und inhaltslosen Wahlkampf von SPÖ und ÖVP für viele zur „einzigen Alternative“ im Land. Sozial- und Christdemokraten nahmen es widerstandslos hin, dass Haider mit einer in Europa beispiellosen Ausländerhetze punkten konnte. Man mokierte sich zwar permanent darüber, Haider und sein Spitzenkandidat, der Papierindustrielle Thomas Prinzhorn, würden Dinge versprechen, die nicht haltbar wären (Kinderscheck, Flat-Tax, Miet- und Strompreissenkungen), doch niemand gebot den fremdenfeindlichen Hasstiraden des blauen Führers einhalt.

Während man sich international Fragen wie „Ist Haider ein Antisemit?“ und „Ist Österreich ein Nazi-Land?“ stellt, bemüht man sich innerhalb der austriakischen Grenzen, Haider als akzeptablen Verhandlungspartner für die bevorstehenden Gespräche zur Regierungsbildung zu etablieren. Er selbst sieht sich mittlerweile als „Demokrat“, und viele, selbst Nicht-FPÖ-Wähler, schütteln dabei bereitwillig den Kopf und ärgern sich über das „Ausland“, das so überaus gereizt auf den Wahlerfolg der rechtsextremen Partei reagierte. Es ist eine gefährliche, giftige Atmosphäre mit typisch österreichischem Charakter – eine „Jetzt-erst-recht“-Stimmung, die in ähnlicher Form auch unter dem ehemaligen Bundespräsidenten Kurt Waldheim zu spüren war, der seinerzeit aufgrund seiner Nazi-Vergangenheit internationale Ächtung erfuhr. Selbst Waldheims Nachfolger, das zur Zeit amtierende Staatsoberhaupt Thomas Klestil, kritisiert lautstark die internationalen Reaktionen und teilweise ausgesprochenen Drohungen, sollte Haider in die Regierung gelangen. Woher diese plötzliche Solidarität mit dem „gescholtenen“ Haider kommt, bleibt ein Rätsel. Denn: der Chef der „Freiheitlichen“ ist nach wie vor nicht in der Lage, sich für seine verbalen „Entgleisungen“ („Die ordentliche Beschäftigungspolitik im Dritten Reich“, Konzentrationslager werden von ihm „Straflager“ genannt usw.) zu entschuldigen. Er bringt es einfach nicht übers Herz, das Nazi-Regime als ein verbrecherisches zu bezeichnen. Dabei wäre es im Grunde so leicht. Nur: Haider hat ähnliches gar nicht vor. Er würde damit seine Klientel vor den Kopf stoßen. Etwa seinen Kumpels vom SS-„Kameradschaftsbund“, den er zu allen erdenklichen Anlässen seine Anerkennung ausspricht. Sicher, nicht jeder der 27 Prozent, die die Haider-Partei am 3. Oktober zur zweitstärksten Kraft in Österreich machten, ist ein verkappter Nazi oder Antisemit. Aber man wählt „ihn“ nun mal, weil er so ist wie er ist. Ein Haider ohne Ecken und Kanten, ebenso zahn- und ratlos dahindümpelnd wie Klima oder Schüssel, wäre uninteressant und würde Rot und Schwarz satte Mehrheiten bescheren. So denkt Herr und Frau Österreicher nun mal. Und Haider weiss das. Deshalb streut er, wo immer sich eine Gelegenheit ergibt, nationalistische und rassistische Bemerkungen ein, die zwar ein allgemeines Aufheulen seiner Konkurrenten zur Folge haben, jedoch im Endeffekt ohne Konsequenzen bleiben. Geschickt entledigte sich der „Bärentaler“ allzu unangenehmer Mitstreiter, besetzte viele Spitzenpositionen in seiner FPÖ mit nett lächelnden Menschen, wenig kompetent, dafür stets kämpfend für den „kleinen Mann“, dessen Job - falls er überhaupt noch einen hat - aufgrund der vielen Ausländer (Stichwort: „Stopp der Überfremdung!“) in jedem Fall gefährdet ist. Mit dieser plumpen Masche schaffte Haider das schier unfassbare - er löste die SPÖ als Arbeiterpartei ab. Die „Roten“, Ende der siebziger Jahre noch mit absoluter Mehrheit regierend, mussten besonders in den sozialistischen Hochburgen (auch die Bundeshauptstadt Wien zählt dazu) Stimmen direkt an die „Freiheitlichen“ abliefern. Absoluter Tiefpunkt dieser Entwicklung: Die steirische Landeshauptstadt Graz - mit 250.000 Einwohnern zweitgrößte Stadt Österreichs und 1938 bekanntlich „Stadt der Volkserhebung“ - ist nun fest in blauer Hand.

deutsch - ~~deutsche~~ österreichische Freundschaft

Wohin des Weges, liebes Österreich? Diese Frage wird wahrscheinlich erst im Februar 2000 geklärt sein. Denn bis dahin, so schätzen Experten, wird es dauern, bis die neue Regierung endgültig feststeht. Nun werden wiederum die Meinungsforscher bemüht. Sie sollen nun sowohl im In- als auch im Ausland die Gemüter beruhigen. Knapp 60 Prozent der Bevölkerung, so meinen die Berufsspekulanten, seien ohnehin für „Stabilität“ und „internationales Ansehen“, würden also die „Grosse Koalition“ zwi-

schen SPÖ und ÖVP bevorzugen. Sollten sich jedoch die „Schwarzen", die sich ab sofort zu Beratungen zurückziehen, in den nächsten Tagen in die Opposition verabschieden, wird es auch für die SPÖ - immer noch stimmenstärkste Fraktion mit 33,15 Prozent - eng. Denn eine Zusammenarbeit mit der FPÖ ist gänzlich auszuschließen und eine Alleinregierung stünde auf äußerst wackligen Beinen. Darum spielt auch Bundespräsident Klestil erstmals eine ungeheuer wichtige Rolle, muss er doch nicht unbedingt die SPÖ mit der Regierungsbildung beauftragen. Sollte sich die ÖVP doch noch zu einer Regierungsbeteiligung entschließen, ist die Variante Schwarz-Blau mit einem Bundeskanzler Wolfgang Schüssel am wahrscheinlichsten. Dann jedoch hätte Haider leichtes Spiel und könnte seinen kleinen Partner nach belieben vor sich hertreiben - bis zu den unvermeidlichen Neuwahlen. Spätestens dann wird „er" es geschafft haben. Und die anderen werden tatenlos zusehen (müssen).

Lars Kohn

Stoiber für Haider

Edmund Stoiber, bayerischer Ministerpräsident Chef der CSU, hat kurz nach der Wahl in Österreich der konservativen „Österreichischen Volkspartei" (ÖVP) zu einer Koalition mit der rechtsradikalen FPÖ geraten.

In einem derartigen Bündnis müsse die ÖVP aber die Führung über die Koalition behalten, sagte Stoiber und nannte als weitere Bedingungen für die Zusammenarbeit, dass Haider persönlich nicht Regierungsmitglied werden dürfe und die FPÖ ihren „Anti-Europa-Kurs" aufgeben müsse. Er könne sich vorstellen, so der bayrische Ministerpräsident am Rande einer CSU-Vorstandssitzung Anfang Oktober in München, dass Jörg Haider weiter Landeshauptmann in Kärnten bleibe und die ÖVP dann mit der FPÖ einen „Neuanfang" wagen könne. Er habe diesen Rat gewagt, weil er seit vielen Jahrzehnten „freundschaftliche Verbindungen" zur ÖVP habe.

Der Chef der „Österreichischen Volkspartei", Wolfgang Schüssel, hat hingegen die Koalitionsempfehlung von Stoiber abgelehnt: „Die Entscheidung, was in Österreich gemacht wird, wird ausschließlich in Österreich getroffen", betonte Schüssel. Stoibers Äußerung, die ÖVP solle mit der rechtsradikalen FPÖ eine Koalition bilden, sei kein „Auftrag" an ihn, betonte Schüssel. Auch der österreichische Bundeskanzler und SPÖ-Vorsitzende Viktor Klima zeigte sich „sehr verwundert darüber, dass ein Ministerpräsident eines benachbarten und befreundeten Landes Koalitionsempfehlungen" für Österreich abgebe. Dies sei „diplomatisch äußerst ungewöhnlich", sagte Klima.

Auch in der Bundesrepublik waren die Reaktionen gegenüber Stoibers Haltung abweisend. So war von dem desiginierten SPD-Generalsekretär Franz Müntefering zu hören, dass er „verwundert" darüber sei, dass Stoiber eine Koalitionsempfehlung zugunsten des „gelinde gesagt Rechtspopulisten" Haider ausgegeben hat. Nach Ansicht der bayerischen SPD-Landesvorsitzenden Renate Schmidt macht Stoiber sich „unverantwortlicherweise zum eifrigen Steigbügelhalter für einen Politiker, der mit nationalistischen und ausländerfeindlichen Parolen im Trüben fischt". Von den bayrischen „Grünen" war ergänzend zu hören, ihr Ministerpräsident mache den „Rechtsaußen" Haider hoffähig. Der österreichische Rechtsradikale sei in einer Linie mit dem Chef des französischen „Front National" (FN), Jean-Marie Le Pen und den deutschen Neofaschisten Franz Schönhuber (ex-REP) und Gerhard Frey (DVU) zu sehen.

Selbst der CDU-Vorsitzende Wolfgang Schäuble zeigte wenig Neigung, der österreichischen Schwesterpartei Ratschläge anzudienen, allerdings eher aus formalen denn inhaltlichen Erwägungen: „Wir sind uns im Präsidium einig, dass wir der ÖVP keinen Rat und erst recht keinen öffentlichen geben wollen." Die Erklärung Stoibers sei „nicht nur falsch, sondern auch gefährlich", erklärte hingegen das Präsidiumsmitglied im Zentralrat der Juden in Deutschland, Michel Friedman, der selbst CDU-Politiker ist. Anhand der Stoiber-Erklärung zeige sich, ergänzte Andreas Nachama von der Jüdischen Gemeinde Berlin, wie weit rechts von der CDU die CSU steht.

Australischer Rechtsradikaler vor Gericht

Der australische Rechtsradikale Fredrick Toben wird im November in der Bundesrepublik vor Gericht gestellt. Ihm wird Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener vorgeworfen. In Rundschreiben und über das Internet hatte er den Massenmord der Nazis an den Juden geleugnet. Prozessbeginn vor dem Landgericht Mannheim ist der 8. November.

Ende der „Technischen Fraktion"

Die im Juli gegründete „Technische Fraktion" aus „linken" italienischen Abgeordneten und Rechtsradikalen aus Belgien, Frankreich und Italien muss aufgelöst werden. Dies beschloss die EU-Volksvertretung Mitte September in einer Entschließung. Sie schloss sich damit der Auffassung des institutionellen Ausschusses an, wonach dieser Zusammenschluss dem Geist der Geschäftsordnung des Parlamentes widerspreche. Die von der früheren italienischen Kommissarin Emma Bonino angeführte Gruppe aus sieben italienischen Linken hatte im Juli mit elf Rechtsradikalen aus Frankreich, Italien und Belgien eine „Technische Fraktion" gegründet. Bonino hatte dies mit dem Umstand begründet, dass fraktionslose Abgeordnete im Parlament schlechtere Arbeitsbedingungen haben - etwa, was die Übersetzer und Dolmetscher anbelangt.

KZ-Kommandant verurteilt

Der ehemalige Kommandant des Konzentrationslagers Jasenovac in Kroatien, Dinko Sakic, ist Anfang Oktober in Zagreb wegen Kriegsverbrechen zur Höchststrafe von 20 Jahren Haft verurteilt worden. Der heute 77-Jährige habe sich mit der Anordnung von Ermordungen und Folterungen der Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht und gegen internationales Recht verstoßen, urteilte das Gericht. In mehreren Fällen sei Sakic, Mitglied der faschistischen kroatischen Ustascha-Bewegung und zwischen 1942 und 1944 KZ-Kommandant, direkt an Mordtaten beteiligt gewesen. In Jasenovac, dem größten kroatischen KZ im Osten des Landes, ermordete das mit dem nationalsozialistischen Deutschland verbündete Ustascha-Regime Zehntausende Juden, Serben und Roma. Sakic habe kollektive Bestrafungen angeordnet und sei verantwortlich für schlechte Bedingungen in dem Lager, die in Verbindung mit Zwangsarbeit zum Tod von Häftlingen geführt hätten, heißt es in dem Urteil.

Schirinowskis neuste Tricks

Der russische Rechtsradikale Wladimir Schirinowski will nach dem Ausschluss seiner Partei von der Parlamentswahl mit einem neugegründeten Wahlbündnis antreten. Schirinowskis rechtsradikale „Liberaldemokratische Partei Russlands" (LDPR) und eine bisher wenig bekannte Partei der „Geistigen Wiedergeburt Russlands" bildeten im Oktober einen „Schirinowski-Block" für die Wahl am 19. Dezember. Die Zentrale Wahlkommission in Moskau hatte die LDPR von der Parlamentswahl ausgeschlossen, weil zwei Spitzenkandidaten der Partei falsche Angaben über ihre Finanz- und Besitzverhältnisse gemacht hatten.

Flaute in Flandern

Rund 15.000 flämische Nationalisten nahmen in diesem Jahr an der Yzerbedevaart in Diksmuide teil. Unter ihnen befanden sich auch einige deutsche Neofaschisten, so z.B. eine Gruppe „Junge Republikaner" und Ilse-Carola Salm, die seit 1971 jedes Jahr an der Veranstaltung teilgenommen hat. Einige Hundert Skinheads, auch unter ihnen Deutsche, taten sich hauptsächlich durch Saufgelage hervor. Zu dem Treffen der militanten Neonazis von „Voorpost" am Vorabend der offiziellen Gedenkfeier reisten ca. 300 Teilnehmer an, hauptsächlich aus Belgien und den Niederlanden.

Tendenziell scheint das internationale Interesse an der Yzerbedevaart jedoch abzunehmen. Konfrontationen mit der Polizei und Boykott durch die radikalen Nationalisten in den vergangenen Jahren schrecken viele ab, den langen Anreiseweg in Kauf zu nehmen, um schließlich doch nur eine leere Kneipe vorzufinden oder gar in Haft genommen zu werden.

Niklas Weill

Mord an schwedischem Syndikalisten

Polizei vermutet Racheakt aus rechtsextremen Kreisen

Am Abend des 12. Oktober wurde Björn Söderberg vor seiner Wohnung im Stockholmer Vorort Sätra brutal ermordet. Die Täter töteten ihr Opfer mit sechs Schüssen in den Kopf und verliessen daraufhin fluchtartig das Haus. Zunächst gab es ausser einigen sehr vagen Beschreibungen keine Hinweise auf die Täter. Nach Ermittlungen in Söderbergs Bekanntenkreis geht die Polizei jetzt von einem Racheakt aus faschistischen Kreisen aus. Drei Personen mit Verbindungen zu faschistischen Organisationen sind am Donnerstag festgenommen worden.

Der 41 Jahre alte Björn Söderberg war in der syndikalistischen Gewerkschaft Sveriges Arbetaren Centralorganisation (SAC) engagiert. Im Sommer hatte Söderberg zeitweilig in einer Lagerhalle im Süden Stockholms gearbeitet, in der zu der Zeit auch Robert Vesterlund, einer der bekanntesten Neonazis Schwedens, arbeitete. Vesterlund ist Redakteur der faschistischen Zeitschrift „info-14!" und eine der Hauptpersonen hinter der schwedischen „Anti-Antifa". Er wurde 1993 wegen der Beteiligung an einem versuchten Bombenattentat auf die bekannte linke Politikerin Gudrun Schyman verhaftet.

Am Arbeitsplatz kam es zwischen den beiden Männern öfters zu Streitigkeiten, weil Vesterlund bei der Arbeit Nazimusik spielte und versuchte, Kollegen zu agitieren. Als Vesterlund dann auch noch in eine Vertrauensposition für seine Gewerkschaft Handels gewählt wurde, bekam Söderberg zuviel. Er informierte Handels Gewerkschaftsleitung über Vesterlunds Nazisympathien. Vesterlund war daraufhin gezwungen, von seinem Posten zurückzutreten und verlor kurz darauf auch seinen Job.


1. Mai-Demo in Ludvika von NSF.

Die syndikalistische Zeitschrift „Arbetaren" veröffentlichte die Story und auch andere Zeitungen berichteten über Vesterlunds Rücktritt. Am gleichen Tag wurde Söderbergs Passantrag - nach einer der Kriminalpolizei bereits vor dem Mord bekannt gewesenen Liste mit 25 Namen von AntifaschistInnen - zu einem von Vesterlund und der „info-14!" benutzten Postfach bestellt. Passanträge, inklusive Passbild und Adresse, sind in Schweden der Öffentlichkeit zugänglich, was für Faschisten eine einfache Möglichkeit bietet, Informationen über ihre Gegner zu sammeln.

Der bestellte Passantrag war ausschlaggebend für die Polizei, ihre Aufmerksamkeit auf faschistische Kreise zu richten. Vesterlund selbst ist bisher nicht für den Mord verdächtig. Doch wurden drei andere Personen verhaftet, die alle Mitglieder in rechtsextremistischen Organisationen sind und gute Kontakte zu Vesterlund unterhielten.

Wenige Tage nach den Verhaftungen wurden Details aus Polizeiberichten bekannt, die auch auf einen grösseren Polizeiskandal schliessen lassen. Nachdem für die Polzei klar war, wer den Passantrag bestellt hatte, beschatteten sie die drei jetzt verhafteten Nazis mehrere Wochen lang. Sie konnten beobachten, wie die drei vor Söderbergs Haus standen und versuchten, Söderbergs Leben in allen Details nachzuverfolgen. Trotzdem hielten es die für die Beschattung zuständigen Polizisten nicht für notwendig, Söderberg zu warnen. Bis es zu spät war.

Eine so kaltblütige Hinrichtung von Seite der Faschisten hat es in Schweden seit Jahrzenten nicht gegeben. Der Schock ist gross, in der Presse wird jeden Tag diskutiert, wie man jetzt handeln soll, alle grossen Gewerkschaften und sogar Staatsminister Göran Persson haben dazu aufgerufen, an einer von den Syndikalisten organisierten Protestkundgebung teilzunehmen.

Trotzdem sind Kenner der rechtsextremen Szene in Schweden nicht wirklich überrascht angesichts des Mordes. Faschistische Zeitschriften schlagen seit Jahren einen immer aggressiveren Ton an. Angriffe auf Antifaschisten, Migranten, Juden, Journalisten und staatliche Kräfte werden immer brutaler. Faschistische Übergriffe bestehen seit langem nicht mehr aus vereinzelten Schlägereien, sondern nehmen die Formen eines schleichenden Terrorismus an.



"Nationale Jugend", die faschistische Organisation, zu der alle drei Personen, die im Zusammenhang mit dem Mord an Söderberg verhaftet wurden, Kontakte hatten.

Der Mord an Björn Söderberg ist das vorläufig letzte Ereignis in einer Reihe von faschistischen Übergriffen. Im Mai wurden zwei Polizisten bei einer Verfolgungsjagd nach einem Banküberfall erschossen. Die Täter hatten Verbindungen zu rechtsextremen Organisationen, einer war ein führendes Mitglied der Nationalsozialistischen Front, Schwedens grösster Naziorganisation. Im Juni wurde auf die beiden Journalisten Katarina Larsson und Peter Karlsson ein Bombenattentat verübt. Peter Karlsson wurde schwer verletzt und der achtjährige Sohn der beiden erlitt einen schweren Schock. Die Journalisten waren bekannt für ihre tiefgehenden Reportagen über die faschistische Szene in Schweden und hatten schon mehrere Morddrohungen erhalten.


info-14!

Extrainformation till *info-14!* nr 19, Januari, 1998

We now close this Declaration with an open letter to Congress and our signatures confirming our intent to do battle. Let friend and foe alike be made aware. This is war! - We the following, being of sound mind and under no duress, do hereby sign this document of our own free will, stating forthrightly and without fear that we declare ourselves to be in full and unrelenting state of war with those forces seeking and consciously promoting the destruction of our faith and our race.

Stycke från Det Tysta Brödraskapets krigsförklaring.

Den svenska staten förklarar krig mot patrioter

Laut verschiedenen Presseberichten vermutet die Polizei, dass die Personen, die hinter dem Mord an Björn Söderberg standen auch etwas mit dem Bombenattentat auf Katarina Larsson und Peter Karlsson zu tun haben. Inwiefern zwischen den beiden Taten ein organisatorischer Zusammenhang besteht, ist bisher allerdings noch unklar. Der ideologische Zusammenhang ist offensichtlich.

Nachtrag: In der Nacht zum 23. Oktober gab es in Gaevle, wo Vesterlund seine Kindheit verbracht hatte, einen Sprengstoffanschlag auf das Gewerkschaftslokal der SAC im Joe-Hill-Haus. Eine Mitarbeiterin der Gewerkschaft wertete die Aktion als Attentat gegen die antifaschistischen Demonstrationen, die am folgenden Tag, initiiert von allen schwedischen Arbeitnehmervertretungen, in Gaevle und mehr als 20 anderen schwedischen Städten stattfinden sollten.

Samuel Salzborn

„Rückkehr in die alte Heimat“

50. „Tag der Heimat“ des „Bundes der Vertriebenen“

Im kleinen Rahmen fand Anfang September der 50. „Tag der Heimat“ des „Bundes der Vertriebenen“ (BdV) in Stuttgart statt. Nur einigen Hundert geladenen Gästen war es vorbehalten, den Dank des BdV an den Estnischen Staatspräsidenten Lennart Meri und die Bundesregierung vor Ort mitzuerleben. Vor dem Hintergrund des Haushaltsentwurfs der Bundesregierung für 2000 kam dabei insgesamt mehr als gute Stimmung auf.

Als „Minister für harte Themen, wie z. B. Bundesgrenzschutz oder Bundeskriminalamt“, gehe Otto Schily mit den Anliegen der „Vertriebenenverbände“ sensibel und verantwortungsbewusst“ um, erklärte BdV-Präsidentin Erika Steinbach. In ihrer Festrede bedankte sich die Frankfurter Christdemokratin für die bisherige Zusammenarbeit mit dem bei der Feierlichkeit persönlich anwesenden sozialdemokratischen Innenminister, in dessen Hand „glücklicherweise“ die Abwicklung der Bundesfinanzierung des BdV liege. Auch in einer Zeit, in der gespart werden müsse, sei auf Schily Verlass.

Das zeigt sich besonders beim jüngst vorgelegten Haushaltsplan der Bundesregierung für das kommende Jahr. Die seit einigen Jahren obligatorisch gewordene Summe von etwa 3,5 Millionen Mark institutioneller Förderung wird dem BdV auch 2000 wieder zuteil werden. Ergänzt wird sie diesmal um 41,48 Millionen Mark für Projektförderungen für „Maßnahmen zur Förderung der Integration von Spätaussiedlern und Vertriebenen“. Dieser Posten soll damit im kommenden Jahr nochmals um gut drei Millionen (1999: 38,41 Millionen Mark) aufgestockt werden. Zur Erinnerung: In den letzten Amtsjahren der christlich-liberalen Bundesregierung hatten diese Mittel die Marke von 30 Millionen Mark nie überstiegen; 1997 lagen sie sogar noch bei knapp 20 Millionen Mark.

Und auch die Aufregungen um die Vorschläge des Staatsministers für Kultur und Medien, Michael Naumann, gehören längst der Vergangenheit an. Dieser hatte kurz vor dem „Tag der Heimat“noch erklärt, einige Kultureinrichtungen der „Vertriebenenverbände“ zusammenlegen und deren Mittel kürzen zu wollen. Doch die in sein Ressort fallende finanzielle Förderung „kultureller Maßnahmen“ im Rahmen des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) zeigt, dass das nicht ganz so ernst gemeint gewesen ist. Besonders die Einrichtungen, die am lautesten über ihren finanziellen Niedergang und ihre vermeintliche Schließung gejammert hatten, sollen – sozusagen als Ehrenbonus für ihr Engagement – im nächsten Haushaltsjahr bedeutend mehr Geld bekommen als im aktuellen. Bei der „Stiftung Ostdeutscher Kulturrat“ beispielsweise steigt die Förderung von 1,26 auf 1,42 Millionen, bei der „Stiftung Haus Oberschlesien“ von 1,59 auf 1,86 Millionen oder beim „Göttinger Arbeitskreis“ von 1,06 auf 1,18 Millionen Mark.

Naumanns Pläne

Dass letztlich auch bei diesen Organisationen der Geldhahn weiter geöffnet werden soll – und das trotz des umfangreichen Sparprogrammes von Finanzminister Hans Eichel – haben die „Vertriebenen“ nicht zuletzt Lennart Meri zu verdanken. Der Staatspräsident Estlands, die „Autorität an der Ostsee“ (FAZ) protestierte bereits im Juli in einem Schreiben an Bundeskanzler Gerhard Schröder gegen das aus dem Hause des Staatsministers für Kultur und Medien stammende Umstrukturierungskonzept der Kulturförderung nach dem Bundesvertriebenengesetz. Mit gleichem Streben wandten sich seinerzeit auch der Litauische Staatspräsident Valdas Adamkus und Wladyslaw Bartoszewski, ehemaliger Polnischer Außenminister, in separaten Schreiben an den Kanzler und seinen Kulturbeauftragten. Und der „Focus“ vergaß nicht, die Botschaft dem deutschen Volke zu stecken: keine Kürzungen bei den Bundesmitteln für die „Vertriebenen“ - das sei einhellige Meinung im In- und Ausland.

Stein des Anstoßes war ein bereits am 20. Mai vorgelegtes, 15-seitiges Konzeptpapier zur Kulturförderung nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes. Dieses Paragraph besagt, dass das „Kulturgut der Vertreibungsgebiete“ im „Bewußtsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes“ erhalten werden solle. Die daran arbeitenden Einrichtungen werden hierzu von der Bundesregierung finanziell alimentiert. Das im Mai von Staatsminister Naumann vorgelegte Konzept unternahm den zaghaften Versuch, diese Förderung in einigen wenigen Punkten umzustrukturieren. Die vorgeschlagenen Zusammenlegungen und finanziellen Mittelkürzungen, betonte Naumann, hätten dabei weder ideologische Gründe, noch seien sie fiskalisch motiviert - die Kulturarbeit müsse vielmehr der „veränderten historischen Lage seit der Zeitenwende in Osteuropa“ angepasst werden. Im wesentlichen sah Naumanns Plan die Zusammenfassung einiger kleinerer Einrichtungen und im Gegenzug die Schaffung einer neuen „zentralen Kultureinrichtung“, einer „Kulturstiftung für das östliche Europa“, vor.

Allerdings wurden institutionelle Fusionspläne, wie etwa der zur Zusammenführung des „Ostpreußischen Landesmuseums“ (Lüneburg) und des historisch-geographisch damit verbundenen „Westpreußischen Landesmuseums“ (Münster), zwar aus pragmatischen Gründen befürwortet, doch hätte diese Verbindung der Museumsstandorte Investitionen für einen Museumsneubau in Lüneburg erforderlich gemacht, die „nicht finanzierbar“ gewesen seien, wie es in dem Papier hieß. Deshalb sollten beide Einrichtungen, die eine aus dem Vorfeld der „Landsmannschaft Ostpreußen“, die andere aus dem der „Landsmannschaft Westpreußen“, bereits diesem Entwurf zufolge auch weiterhin bestehen bleiben. Ähnlich verhielt es sich auch in anderen Bereichen der Kulturpolitik der „Vertriebenenverbände“. So sollte etwa die institutionelle Förderung der „Stiftung Ostdeutscher Kulturrat“ (OKR) und die der „Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen“ zum frühestmöglichen Zeitpunkt eingestellt werden. Denn die Kernaufgaben dieser zentralen Fixpunkte im System des kulturellen Kampfes der „Vertriebenenverbände“ sollten eben von der neuzuschaffenden zentralen Kultureinrichtung wahrgenommen werden.

Da das Naumann-Papier bereits den Kritikansturm von „Fachleuten und politischer Seite“ voraussah, der dann in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) durch einen Artikel des Geschäftsführers des „Adalbert-Stifter-Vereins“, Peter Becher, losgetreten und anschließend bis zu den Schreiben aus Estland, Litauen und Polen ausgebaut wurde, war der Entwurf sogar noch eingeschränkt worden. Die „skizzierte Verdichtung der institutionellen Vielfalt und die politische Neudefinition der Aufgabenschwerpunkte“ sei zwar grundsätzlich erforderlich, hieß es in der abschließenden Passage des Entwurfs, da jedoch einige Probleme für die potentiell betroffenen Einrichtungen zu erwarten seien (Aufgabe des Rechtsstatus, Kündi-

REP-Scheinkandidaten

Die Kommunalwahl im baden-württembergischen Mannheim kann wie vorhergesehen am 24. Oktober durchgeführt werden. Das zuständige Regierungspräsidium in Karlsruhe sieht in den mutmaßlichen 13 Scheinkandidaten auf der Liste der rechtsextremen „Republikaner“ keinen Grund für eine Verlegung der Gemeinderatswahl in der ehemaligen Kurpfalz-Metropole. Die Personen aus dem Bekannten- und Verwandtenkreis des REP-Gemeinderates Alfred Reichwein (74) hatten Ende September erklärt, sie seien ohne ihr Wissen auf die Mannheimer REP-Kommunalwahlliste gelangt. Die Unterschriften auf den Zustimmungserklärungen sind bis auf einen Fall jedoch unstrittig authentisch. Im Kopf der zu unterschreibenden Erklärung, erklärte Reichwein, sei möglicherweise erst später der Namenszug der Partei eingefügt worden. Der REP-Landesgeschäftsführer Rüdiger Helfer bezeichnete die Auseinandersetzung um die Mannheimer Wahlliste als „miese Inszenierung“. „Nach der amtlichen Veröffentlichung der Kommunalwahllisten sahen sich verschiedene Personen teilweise erheblichen Anfeindungen ausgesetzt, die von manchen nicht verkraftet wurden“, so Helfer zu den umstrittenen Umständen der Liste.

gung von Mitarbeitern, Miete etc.), könne sich das Umstrukturierungsprogramm über einen langen Zeitraum hinziehen. Hieß bereits seinerzeit im Klartext: der „frühestmögliche Zeitpunkt" zur Förderungseinstellung für einige Einrichtungen, die in Bezug auf den Gesamtrahmen der Institutionen nur einen kleinen Teil ausmachen, könnte sich einige Jahre hinauszögern - also auch über die aktuelle Legislaturperiode und damit möglicherweise die rot-grüne Koalition hinaus.

Die „Stiftung Ostdeutscher Kulturrat", die 1997 noch mit einem Eigenvermögen von über 5,3 Millionen Mark ausgestattet war, müsse allerdings wegen des Konzeptpapiers von Naumann, das nur eine Diskussionsgrundlage seiner Abteilung ohne jede Entscheidungs- und Handlungskompetenz seitens der Bundesregierung war, deshalb in Bälde „ihre Existenz und Arbeit" beenden, wie es im OKR-Organ „Kulturpolitische Korrespondenz" (KK) hieß – mit Blick auf den Haushaltsentwurf für 2000 mehr als nur eine zweifelhafte Einschätzung. Ähnlicher Nonsens war auch vom „Göttinger Arbeitkreis" zu vernehmen, der 1946 als Arbeitsgemeinschaft von Wissenschaftlern aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten gegründet wurde. Dessen Präsident Boris Meissner, ein alter SA-Recke und Offiziersanwärter im Armeeoberkommando 18 der Wehrmacht, sprach gar von der „Enthauptung" der Baltikumforschung, sollten die Bundesmittel für den „Göttinger Arbeitskreis" gestutzt werden. Genau um diesen Verein machte sich auch der Estnischen Staatspräsident Meri seine Sorgen. Meri, den der BdV beim 50. „Tag der Heimat" mit seiner höchsten Auszeichnung, der „Plakette für Verdienste um den deutschen Osten und das Selbstbestimmungsrecht" ausgezeichnet hat, protestierte explizit gegen einen möglichen Fördermittelentzug für den „Göttinger Arbeitskreis".

Grund zu der Befürchtung für die „Vertriebenenverbände", es könnte sich tatsächlich etwas an der Förderpraxis durch die Bundesregierung ändern, bestand jedoch seinerzeit nicht nur wegen des Entwurfcharakters von Naumanns-Papier und dessen wenig weitreichende Kürzungsvorschläge nicht. Da waren und sind nicht zuletzt Gerhard Schröder und Otto Schily höchstpersönlich vor, wie sich anhand des aktuellen Haushaltsentwurfs unschwer erkennen lässt.

Meri und die „Plakette"

Meri war erst das zweite nicht-deutsche Staatsoberhaupt, dem der BdV seine höchste Auszeichnung verliehen hat - nur dem Regierenden Fürsten Franz-Josef II. von und zu Liechtenstein wurde zuvor (1985) die „Plakette" überreicht. Der Chefredakteur des BdV-Organs „Deutscher Ostdienst" (DOD), Walter Stratmann, erklärte im Vorfeld des 50. „Tages der Heimat", weshalb Meri die BdV-Ehrung zuteil wurde: „Lennart Meris Einsatz für das Selbstbestimmungsrecht seines eigenen Volkes wie das der anderen Völker und Ethnien im sowjetischen Reich führte ihn auch zu einer eindeutigen Bewertung der jahrzehntelangen Teilung Deutschlands, die die Teilung Europas ebenso symbolisierte wie die Herrschaft der Unfreiheit über seine östliche Hälfte." Der am 29. März 1929 geborene Meri, der sich nachhaltig für die „Bewahrung" einer eigenständigen „estnischen Identität" einsetzte und einsetzt, hatte im Interview mit der rechtskonservativen Tageszeitung „Die Welt" bereits Ende 1998 genauer ausgeführt, worin seine ideologische Überzeugung besteht, die die Sympathien des BdV wecken konnte. Im Zuge des europäischen Einigungsprozesses, so Meri, sei der „Verschiedenartigkeit Europas" und der „Bewahrung gerade kleiner Völker und Volksgruppen in ihrer Identität auf unserem Kontinent eine immer größere Bedeutung" beizumessen: "Wenn wir uns heute fragen, warum dieses kleine, an Bodenschätzen arme Europa zu einer solchen Bedeutung gelangen konnte, dann hängt das mit der unverwechselbaren Identität seiner Menschen zusammen, die gelernt haben, ein Problem unter sehr verschiedenen Gesichtspunkten zu begreifen, zu lösen." Der estnische Staatspräsident, der vor seiner politischen Karriere im literarischen und filmischen Kulturspektrum tätig gewesen ist, sehe voraus, dass „die kleinen Kulturen und Nationen Europas in Zukunft eine ganz neue Rolle spielen" werden. Denn wenn die „Zukunft Europas auf das Zusammenrühren eines ethnischen Einheitsbreis hinauslaufen sollte - ich entsinne mich an die graue, multiethnische Masse auf den sowjetischen Bahnhöfen -, dann wäre dies das Ende, und zwar ein unrühmliches Ende für Europa." So würde es auch die „größte Errungenschaft unseres Kontinents" sein, wenn er „für alle seine Völker die menschlichen Grundfreiheiten verwirklichen und gleichzeitig sicherstellen" könnte, dass „Deutschland sich nicht in eine zweite Türkei oder die skandinavischen Staaten sich nicht in ein Klein-Amerika" verwandeln würden. Denn „einen europäischen Einheitsbrei" kann sich Meri, dessen Film „über die finno-ugrischen Völker und Stämme" in der Sowjetunion verboten war, „einfach nicht vorstellen".



Erika Steinbach (re.) übergibt die BdV-Plakette an den estnischen Staatspräsidenten Lennart Meri.

Bereits 1995 hatte Meri - dieser völkisch-ethnopluralistischen Strategie folgend - erklärt, Estland stünde allen Deutschen offen, die „willig seien, von ihrem Recht auf ihre Heimat Gebrauch zu machen". Und gegenüber dem „Ostpreußenblatt" (OB) ergänzte er jüngst, dass er gern „mehr deutsche Schulen in Estland" hätte. Die Schirmherrschaft über die erste „Estnisch-deutsche Akademische Woche" hatte Meri, der von 1990 bis 1992 Estnischer Außenminister war und nach kurzer Tätigkeit als Botschafter in Finnland am 6. Oktober 1992 als Staatspräsident Estlands vereidigt wurde, bereits im September 1997 in Kooperation mit dem damaligen Bundesaußenminister Klaus Kinkel (FDP) übernommen. In welche Richtung seine deutsch-estnische Freundschaft und Verbündung weisen soll, erklärte Meri am „Tag der deutschen Einheit" 1995, als er – wie die rechtsradikale Wochenzeitung „Junge Freiheit" (JF) es formulierte – der „deutschen ‚Canossarepublik' den Spiegel vorgehalten" hatte: „Wenn man die Moral zur Schau trägt, riskiert man, nicht ernst genommen zu werden. Man kann einem Volk nicht trauen, das sich rund um die Uhr in intellektueller Selbstverachtung übt."

Zu den Ehrengästen bei der Verleihung der „Plakette für Verdienste um den deutschen Osten und das Selbstbestimmungsrecht" an Meri gehörten nun neben Schily unter anderem auch der neue „Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler" in Hessen (das Amt entstand erst unter der Regierung Koch), Rudolf Friedrich (CDU), Angelika Hauser-Hauswirth von der „Landeszentrale für Politische Bildung" in Baden-Württemberg und der Baden-Württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel (CDU). Mit einem Grußwort wandte sich auch Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) an den BdV. Darin erklärte er, dass „jeder Akt der Vertreibung, so unterschiedlich die historischen Hintergründe auch sein mögen", ein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" sei und dass der BdV durch sein Engagement „nicht nur die Schrecken der Vergangenheit ins Gedächtnis" rufe, sondern zugleich „Mahner gegen Vertreibung in Gegenwart und Zukunft" sei. Der ehemalige Niedersächsische Ministerpräsident begrüßte die "Initiative des Bundes der Vertriebenen, sichtbare Zeichen gegen Vertreibung und für Völkerverständigung und die Wahrung der Menschenrechte zu setzen", denn die Bundesrepublik wolle den „europäischen Einigungsprozess und die EU-Osterweiterung weiter voranbringen": „Über die voranschreitende europäische Einigung und das Zusammenwachsen ganz Europas werden die bestehenden Grenzen noch durchlässiger und dadurch Kontakte, Besuche und die Rückkehr (sic!) in die alte Heimat leichter werden als bisher", so Schröder. Wenig verwunderlich, dass das „Ostpreußenblatt" anschließend bekundete, dass sich auf dieser Basis „reibungslos mit der SPD-geführten Regierung kooperieren" lasse. Der Bundeshaltsentwurf 2000 belegt dies mehr als deutlich.

Cordelia Heß / Andreas Speit

„Anhäufung von Schwachsinn“

Schlingensiefs „Deutschlandsuche“ in Hamburg

Eine Bühne als Bühne, ein Publikum als Publikum und echte Deutsche als wahre Deutsche. Nicht auf Hamburgs Straßen, sondern im Deutschen Schauspielhaus spukte der deutsche Geist. Gerufen hatte ihn Christoph Schlingensief.

Bei seiner „Deutschlandsuche ´99“ fand der Zauberlehrling am „Tag der Deutschen Einheit“ Meir Mendelssohn, Rainer Langhans, Reinhold Oberlercher und Horst Mahler. Als personifizierte deutsche Realität talkten sie mit Schlingensief über ihre Version des Realen. Projiziert auf eine Leinwand, die das Publikum im Unklaren ließ, ob das Spektakel live war, durften die Herren ihre „Stücke“ aufführen. Mendelsohn spielte die Schändung von Ignatz Bubis‘ Grab nach, Langhans forderte erneut, den Faschismus herauszulassen und Oberlercher wie Mahler schwärmten mal wieder von Blut, Boden und Heimat. Glänzten die Akteure rhetorisch virtous, verblaßte der Moderator, der sie doch als Irre vorführen wollte. „Manchmal steckt in der Anhäufung von Schwachsinn mehr Wahrheit als in der Anhäufung von Wahrheit“, erklärte Schlingensief und widersprach nicht der als Vernunft getarnten Unvernunft der Talkgäste.

Vielleicht hatte der Berliner Regisseur gehofft, daß das Publikum eingriff, aber nur die ihn bei seiner „Großen Wagnertour“ begleitenden Schauspieler griffen mit Schuhcreme, Kakaopulver und Mehl an.

Auch als gegen Ende der Performance die Leinwand ganz verschwand, das Reale der Projektion sich offenbarte, entlud sich die zuvor geäußerte Pikiertheit nicht. Die von Schlingensief inszenierte hermetische Situation ließ dem Publikum wenig Alternativen: verwirrte Passivität oder gehorsamen Protest. Die 500 Gäste des „Großen Haus“ wußten nicht, wie sie reagieren sollten. Sagen sie nichts, gelten sie als schweigende Mehrheit, greifen sie ein, werden sie zu bestellten Hampelmännern. „Wir wollten uns nicht von Schlingensief benutzen lassen“, meinte eine Besucherin.

Als Ouvertüre war Schlingensief mit seinen SchaupielerInnen von der Berliner Volksbühne durch Hamburg gefahren und hatte über Megaphon antifaschistische Parolen skandiert. In Regensburg, wo die Tournee bereits am 17. September gastiert hatte, rief Schlingensief faschistische Parolen wie „Deutschland wird befreit“, „Es lebe Dachau“ oder „Es lebe Buchwald“. Was er als Performance gegen den Nationalsozialismus interpretiert, definierte die Polizei anders. Sie übergab den Fall der Staatsanwaltschaft. Diese prüft jetzt den Vorwurf der Volksverhetzung im Gegensatz zur Freiheit der Kunst.

Zwar reduzierte Schlingensief bei der Hamburger Inszenierung die Differenz zwischen Theatralität und Realität. Doch provoziert hat er nicht. „Wir wollen etwas finden, was man uns pausenlos vorenthält“, beschreibt der 39jährige die „Deutschlandsuche“ – und übersieht, daß Mahler und Co. längst Teil der medialen Realität sind, ebenso wie der deutsche Geist Teil der politischen Situation. Aktuell diskutierte Mahler in der „Zeit“ über die RAF und seine neuen Positionen: „Es sind zuviel Türken hier.“ Und Langhans‘ esoterischen Faschismus propagiert seine selbsternannte „Haremsfrau“ Jutta Winkelmann beim „Heyne“-Verlag.

Aber auch die Anwesenheit auffällig unauffälliger Polizeibeamter im Saal schaffte eine Realität, die Schlingensiefs Inszenierung durchbrach und sein Spiel mit dem Virtuellen torpedierte.

Das Provokante der Inszenierung reduzierte sich so zum Plagiat der Realität. Die, die Schlingensief vermeintlich als „Wahnsinnige“ präsentieren wollte, stehen nach der Performance als ernsthafte Akteure da, denn auch sie haben eine Intention, die durch ihr Engagement bei dem Berliner Regisseur manifestiert wird. Die intendierten Objekte stilisieren sich zu politischen Subjekten in einer Realität, die Schlingensiefs Inszenierung längst überholt hat.

Vor der Inszenierung hatte der Intendant des Deutschen Schauspielhauses, Frank Baumbauer, angekündigt: „Wenn etwas schief läuft, lasse ich den Eisernen Vorhang runter. Extremisten, gleich welcher Art, bekommen kein Forum.“ Und: „Schlingensief will auch mit diesem Projekt erreichen, was er immer erreichen will, nämlich daß sich die Leute selber outen. Da steckt natürlich die Gefahr drin, daß so was kippt“. In diesem Fall sah er sie nicht, und so endete nach dem Abgang Mahlers die Aktion mit Schlingensiefs Behindertenkabinett, das deutsche Volkslieder vortrug.

Den Auftritt des vermeintlichen Bubis-Grabschänders auf der Bühne des Schauspielhauses hat mittlerweile der Zentralrat der Juden in Deutschland kritisiert. Es sei „empörend und unverständlich, dem Grabschänder eine öffentliche Plattform unkommentiert zur Verfügung zu stellen“, sagte der Vizepräsident des Zentralrats, Paul Spiegel. Freiheit der Kunst dürfe keine Schutzbehauptung sein, „wenn es um einen Grabschänder geht, gegen den eine Anzeige läuft“.

Am 14. Oktober endete der Erste Teil des Wagner-Projektes in Kassel, das am 19. September in Berlin begann. In New York führt Schlingensief den zweiten Abschnitt auf, bevor in der ehemaligen deutschen Kolonie Namibia als dritter Teil des Projektes vom 25. Dezember 1999 bis 2. Januar 2000 die Wagnertour beendet werden soll. „Wir wollen den ‚Ring des Nibelungen‘ nicht mehr im Rhein versenken, um das Kapital zu retten“, kündigt er an, „sondern wir werden ihn in Namibia in den Sand setzen“. Offen läßt der Zauberlehrling, ob er für die Tournee die deutschen Geister erneut zum Mitspielen ruft, um seinen Hamburger Erfolg zu wiederholen.



Horst Mahler (li.), Rainer Langhans (re.) agieren auf Schlingensiefs Bühne.

Urteil zu „Republikanern“

Der rheinland-pfälzische Verfassungsschutz darf weiterhin den Landesverband der „Republikaner“ (REP) mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachten. Dies geht aus einem Ende September veröffentlichten Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Koblenz hervor. Teile der Partei bekämpften die freiheitlich demokratische Grundordnung, heißt es in einer Erklärung des OVG. Das Gericht hob damit eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Mainz auf, das dem Verfassungsschutz 1997 die Beobachtung untersagt hatte. Die Koblenzer Richter erklärten, in Publikationen der Partei würden nicht-deutsche Menschen diffamiert, wobei derartige Äußerungen so häufig vorkämen, dass sie nicht als Einzelmeinungen zu werten seien. Ferner gebe es in den Schriften der „Republikaner“ eine „fortgesetzte Agitation gegen Institutionen und Repräsentanten des Staates“. Andere Parteien und deren Vertreter würden als politische Dilettanten und Verräter beschimpft und verächtlich gemacht, so das Gericht.

Pfeifenberger versetzt

Das Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen hat den Münsteraner Fachhochschullehrer Prof. Dr. Werner Pfeifenberger an die Fachhochschule Bielefeld versetzt. Die Vorsetzung ist die Folge eines Vergleichs, den das Ministerium vor dem Landesarbeitsgericht in Hamm geschlossen hat. Pfeifenberger vertrat in Veröffentlichungen nationalsozialistisches und antisemitisches Gedankengut. Er darf in Bielefeld nicht in der Lehre tätig werden, sondern muss sich der „Forschung“ widmen.

Andreas Speit

Jenseits der Parteigrenzen

Sammlungsversuch von Mechtersheimer und Neubauer

„Kommen sie doch rein“ forderte Harald Neubauer einen älteren Herren durch das offene Fenster des Landhaus „Zur grünen Tanne“ auf. Wartend hatte der Gastredner des „Hamburger Landesverbandes“ (LV) der „Republikaner“ (REP) am 3. September aus dem Fenster der Harburger Gaststätte geschaut. Zwar hatte das Parteipräsidium mit knapper Mehrheit 1997 ein „generelles Zusammenarbeitsverbot“ für ihren früheren bayrischen Landesvorsitzenden und Abgeordneten des Europäischen Parlaments erlassen. Doch seit Monaten folgt Einladung auf Einladung und die „Lex Neubauer“ stört die gastgebenden REP- Kreis- und Landesverbände nicht.

Nach den Enttäuschungen über die Wahlergebnisse bei der Bundestagswahl und den Landtagswahlen wird der Unmut über den Kurs des Parteivorsitzenden Rolf Schlierer immer lauter. Sein Konzept, die REP zwischen der „Christlichsozialen Union“ (CSU) und der „Deutschen Volksunion“ (DVU) zu etablieren und als rechtskonservative Partei zu profilieren, mißfällt vielen Republikanern, die bereits nach neuen Optionen suchen.

Offiziell bezog zuerst der „Kreisverband Offenbach-Land“ (KV) Neubauer bei der Suche nach einem neuen alten Kurs mit ein. Am 16. Mai hatte der KV eine Kundgebung mit ihm als Hauptredner durchgeführt, an der auch das ehemalige Bundesvorstandsmitglied Hans Hirzel und der hessische Landesgeschäftsführer Gerhard Wissler teilnahmen. Die Botschaft des Hoffnungsträgers war einfach: „Früher war alles besser“ und „Heute muß die Rechte ein klares Profil haben und enger zusammenarbeiten“. Erst der „Schmusekurs“ von Schlierer habe die REP ins Abseits geführt.

Am 3. September allerdings mußte Neubauer, der 1997 den Vorsitz der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) aufgab und seit 1992 Mitherausgeber von „Nation & Europa“ ist, auf seinen Auftritt beim Hamburger LV warten. An die 30 AntifaschistInnen versuchten, die eintreffenden älteren Damen und Herren beim Hineingehen in das Landhaus zu behindern. Nach anfänglichem Gerangel mit dem Saalschutz der REP, den Mitglieder der Lüneburger „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) stellten, unterband die Polizei die Auseinandersetzung.

Erst als die AntifaschistInnen gingen, weil niemand mehr kam, konnte Hans Fiedler als Landesvorsitzender die ca. 50 Gäste begrüßen. „Nur wenn die Rechte enger zusammenarbeitet, hat sie Erfolg“ antwortete Neubauer in seiner Rede auf die Eröffnungsfrage der Veranstaltung „Hat die Deutsche Rechte noch eine Chance?“. Berührungsängste sollten überwunden werden. Der sonnengebräunte im feinen Grau Gekleidete betonte, dass ausschließlich die rechte Zusammenarbeit Deutschlands Rettung wäre.

Im selben Monat ernannten ihn die „Republikaner Altenburg“ in Thüringen zu ihrem Ehrenmitglied.

Parteiordnungsmaßnahmen, die laut dem „Lex-Neubauer“ des Präsidiums die Zusammenarbeit mit der persona non grata mit sich zöge, blieben aus. Schlierer weiß, das Neubauer längst wieder bei den REP eine Hausmacht hat, auch wenn er nicht eintreten darf, und der Vorsitzende ahnt, dass die Durchsetzung des Präsidiumsbeschluß die Partei belasten würde.

In diese Situation scheint eine strategische Planung den immer mehr macht- und inhaltslosen Schlierer gebracht zu haben. Konnte er noch bei dem letzten Bundesparteitag seinen Konkurrenten, den baden-württembergischen Landesvorsitzenden Christian Käs, von seiner Gegenkadidatur abbringen und die Zusammenarbeit mit der DVU bei Wahlen als „neuen“ Weg anbieten und so die Auseinandersetzung vermeiden, scheinen nun seine Parteigegner diese zu suchen.

Sammlungsbewegung aus der Taufe gehoben

Über alle Parteigrenzen hinweg trafen sich bereits am Tag der deutschen Einheit 1998 symbolträchtig 80 Prominente der extremen Rechten in Würzburg, um die Einheit derselben zu besprechen und die Entwicklung der REP zu bereden. Für den 3. Oktober hatten Alfred Mechtersheimer, Edmund Sawall und Hans-Ulrich Kopp eingeladen, um „durch kompetente Persönlichkeiten des nationalen Umfeldes eine neue Weichenstellung vorzunehmen, nachdem der Parteiegoismus seine Funktionäre ins Aus geführt hat“. Als Gastgeber diente der ehemalige SPD-Oberbürgermeister von Würzburg und jetzige REP-Funktionär Klaus Zeitler. Außer Käs, der mit Stuttgarter Anhang anreiste, waren Repräsentanten der „Deutschland-Bewegung“ wie Baldur Springmann und REP-Dissidenten wie Ottmar Wallner anwesend. Auch Neubauer, dessen rechter Weg bei der NPD begann und über die DVU zu den REP verlief, die er nach einem internen Machtkampf 1991 verlassen mußte und dann die DLVH gründete, war da, um über die Zukunft der extremen Rechten zu streiten. Offensichtlich stellten Mechtersheimer, Käs und Co. die Weichen für Hinwendung zu Neubauer, der erst nach diesem Termin von den sich von Schlierer abwendenden REP eingeladen wurde, und seitdem wird auch die Aufhebung des Partei-Bannes lauter gefordert.

Unter dem Motto: „Vor dem Aufbruch. Deutsche Patrioten sammeln sich“ hatte als Folgetreffen die „Deutschlandbewegung“ und die „Nation-und-Europa-Freunde e.V.“ zum 18. September dieses Jahres nach Neustad-Glewe geladen. An die 200 Personen aus dem extrem Rechten Parteienspektrum folgten den Aufruf Mechtersheimers und Neubauers in den Landgasthof „Wischen-Krug“, den eine DVU-Kandidatin für die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern führt. Die beiden Gastgeber waren auch die Hauptredner und blieben sich treu. Mechtersheimer sprach sich für „die Überwindung des antiquierten Links/Rechts-Schema aus“ und betonte, „wer nur die CDU/CSU nach rechts verlängern will ist auf dem Holzweg“; nur von „unten“ könnten die Rechtskräfte verstärkt und vernetzt werden. Dies wiederholte Neubauer und prangerte die „Selbstblockade des patriotischen Bereichs“ an. Die Zersplitterung der Rechtsparteien erschwere den notwendigen Widerstand „gegen die Preisgabe des Nationalen“. An den Überlegungen beteiligten sich per Wortmeldung der Landesvorsitzende des „Bundes freier Bürger“ (BfB) in Mecklenburg-Vorpommern, Achim Fahs, und der Landesvorsitzende der „Deutschen Sozialen Union“ (DSU), Joachim Nothdurft. Obwohl Käs angekündigt war, trat er nicht auf. Dafür sprachen von den REP Hirzel und der stellvertretende Hamburger Landesvorsitzende Jan Pigors, sowie der hessische Landessekretär Gottfried Burrischek.

JF protegiert Neubauer als Hoffnungsträger

Kurz vor dem Treffen hatte die „Junge Freiheit“ Neubauer „über die Lage der Rechten“ interviewt und bestätigte ihn damit als neuen Hoffnungsträger der extrem rechten Parteien. Gegenüber dem Chefredakteur Dieter Stein stellte Neubauer klar, dass sein Ausstieg bei der DVU allein an deren „Grobschlächtigkeit“ und „wirtschaftlichen Interessen“ gelegen hätte, und dass seine „Positionen von damals mit (seinen) heutigen im wesentlichen identisch“ seien. „Keine der jetzt agierenden rechten Parteien“ sei jedoch nicht so „attraktiv, daß man dort unbedingt mitarbeiten“ wolle, erklärte er erneut und erinnerte daran, daß „nicht die Unterschiede, sondern die Gemeinsamkeiten in den Vordergrund“ gestellt werden müssten, um zu Wahlabsprachen zu gelangen.

Offen bleibt bisher, wie Mechtersheimer, Neubauer und Käs ihren Einfluss innerhalb den REP verstärken wollen und welche KV und LV ihrem Kurs folgen werden. Jetzt schon nicht mehr offen ist, dass nicht Schlierer, sondern Neubauer für viele „Republikaner“ der neue Mann ist, und dass sie mit dem BfB, der NPD und DVU zusammenarbeiten wollen.

Die Herren denken an die nächste Bundestagswahl und überlegen, wie die „deutschen Patrioten“ vereint werden könnten. Eine Option könnten eine Rechtsverschiebung bei den „Republikanern“ sein, eine andere ein Wahlbündnis. Die NPD-Hilfe störte die Hamburger REP am 3. September bereits nicht mehr.

Hans Goldmann

NPD will 2000 zur Landtagswahl antreten

Die schleswig-holsteinische NPD will zur Landtagswahl Ende Februar 2000 antreten. Das auf dem Landesparteitag Ende Mai beschlossene Programm ist weitgehend frei von den in anderen Bundesländern anzutreffenden „antikapitalistischen“ Phrasen.

Durchgängig finden sich Forderungen und Positionen, die eine rassistische und anti-feministische Ablehnung von gleiche Rechten für alle Menschen zum Ausdruck bringen, z.B. „Die abnorme Förderung von Schwulen und Lesben durch die ROT/GRÜNE Landesregierung ist rückgängig zu machen. Frauenpolitik soll wieder im Gesamtkontext der Lebensgemeinschaft betrieben werden und sich nicht als Anti-Männer-Politik mißbrauchen lassen.“ oder auch die „Streichung von unsinnigen Ausgaben im Asyl- und Flüchtlingsbereich, in der Lesben- und Schwulenszene“. Bei der Landwirtschaft setzt die NPD Schleswig-Holstein auf die „nationale Sicherung der Nahrungs- und Lebensmittelproduktion“ und beim Programmpunkt „Innere Sicherheit“ auf schärfere Strafen und Aufrüstung der Polizei. Ansonsten ist die NPD darum bemüht, sich an öffentlichkeitswirksame Themen anzuhängen. So erstattete sie im März 1999 gegen Teile der Bundesregierung Strafanzeige, weil diese mit der Beteiligung der Bundeswehr am Krieg gegen Jugoslawien nicht nur gegen die Charta der Vereinten Nationen, sondern auch gegen das Grundgesetz (Art. 26 – Verbot des Angriffskrieges) verstoßen hätten. Und im Herbst reichte NPD-Landesvorsitzender Stawitz Verfassungsbeschwerde ein, um die Einführung der neuen Rechtschreibung in Schleswig-Holstein doch noch zu verhindern. Nach einer Volksabstimmung im vergangenen Jahr war diese zunächst ausgesetzt worden, schließlich stimmte aber im Landtag auch die bis dahin ablehnende CDU zu. Nun versucht die NPD aus diesem Thema auch bei der Wahl politisches Kapital zu schlagen.

NPD-Vorstand setzt Absage einer Demo durch

Weil die NPD zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein nicht vollständig mit der offen auf den Nationalsozialismus Bezug nehmenden Szene gleichgesetzt werden möchte, hat der Landesvorstand um Ingo Stawitz die Absage einer Demonstration in Lübeck am 6. November 1999 durchgesetzt. Diese war zunächst von den örtlichen Kadern der „Jungen Nationaldemokraten“ um Jürgen Gerg angemeldet worden. Aber der NPD-Landesvorstand fürchtete – wohl nicht zu Unrecht -, daß an dem Aufmarsch unter dem Motto „Freiheit für alle politisch verfolgten Nationalisten“ auch jene Teile der Nazi-Szene Interesse gezeigt hätten, die zur Solidarität mit dem Nazi-Terroristen Kay Diesner, der in Lübeck inhaftiert ist, eintreten. Bereits bei einer Demonstration in Berlin war es zwischen der Spitze der JN und den Nazis der sog. „Freien Kameradschaften“ zu einem Streit darum gekommen, ob ein Transparent mit der Aufschrift „Freiheit für Kay Diesner“ gezeigt werden darf. Damals setzten sich die „Freien Kameradschaften“ durch, das Transparent wurde weiter mitgeführt. Inzwischen verbreitet die NPD einen Beschluß des Parteivorstandes, demzufolge Diesner von der NPD nicht als politischer Gefangener betrachtet wird. Die Absage der Demo in Lübeck, die Gerg zunächst noch einmal als Landesbeauftragter des NHB, der Studentenorganisation der NPD, durchzusetzen versuchte, wurde denn auch damit begründet, dass „die Gefahr (besteht), daß Provokateure diese Demonstration für Zwecke missbrauchen können, die der NPD und allen national denkenden Menschen schwersten Schaden zuführen.“ Dies gilt insbesondere, da am 4. November der Prozeß gegen Diesner zum Teil neu aufgerollt wird. Von Seiten der sog. „Freien Kameradschaften“ wurde die Rücknahme der Demo als „reaktionäres Verhalten einiger Politleichen innerhalb des NPD-Landesvorstandes„ kritisiert. Nun soll am 6. November gemeinsam zur Nazi-Demo in Göttingen gefahren werden.

Die Auseinandersetzungen um die geplante Nazi-Demo in Lübeck zeigen, daß der Streit in der NPD Schleswig-Holstein weitergeht. Bereits die Wahl von Stawitz zum Landesvorsitzenden war nur mit knapper Mehrheit erfolgt. Von einem starken Minderheitenflügel, der enge Kontakte zu den sog. „Freien Kameradschaften“ hat, wird er für unfähig gehalten. Dort sieht man in dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Wolfgang Schimmel (Bad Oldesloe) oder dem früheren Landesvorsitzenden Schäfer geeignetere Personen. Schäfer hatte zuletzt im Juni 1999 bei einer Neonazi-Demonstration in Lüneburg gesprochen. Möglicherweise führt diese Auseinandersetzung dazu, dass der kleine Landesverband kaum aktiven Wahlkampf zustande bringt.

NPD in Konkurrenz zum „Bündnis Rechts„

Auch durch die Aktivitäten des Lübecker „Bündnis Rechts“ um Dieter Kern wird die NPD unter Druck gesetzt. Als dieses im März 1998 zur Kommunalwahl in Lübeck antrat, beteiligten sich daran noch wesentliche Teile der NPD. Inzwischen ist das Verhältnis zur NPD abgekühlt, und das „Bündnis Rechts„ bemüht sich seinerseits um einen Ausbau der Strukturen über Lübeck hinaus. Bereits im vergangenen Jahr wurde ein Landesverband Mecklenburg-Vorpommern gegründet, bei den dortigen Kommunalwahlen kam es zu vereinzelten Kandidaturen. Enge Kontakte bestehen zu der vor allem in Süddeutschland tätigen Mini-Organisation „Vereinigte Rechte“ um Mario Meurer. In Sachsen-Anhalt sind sie mit zwei Abgeordneten im Parlament vertreten, die nach ihrer Wahl in den Landtag aus der DVU ausgetreten sind. Auch in Bayern gibt es Bemühungen, eine „parteiübergreifende Wählergemeinschaft“ (Eigenbezeichnung des „Bündnis Rechts“) aufzubauen.

Schwerpunkt der Aktionen bleibt jedoch Schleswig-Holstein. Seit kurzem ist das „Bündnis Rechts“ auch in Kiel vertreten und will dort einen „regelmäßigen patriotischen Stammtisch“ durchführen und zur Gründung eines Kreisverbandes übergehen. Kreisbeauftragter des „Bündnis Rechts“ in Kiel ist derzeit Thorsten Thomsen, der schon zu seiner Zeit beim „Bund Freier Bürger“ enge Kontakte zur Neonazi-Szene hatte. Die öffentlichen Aktionen des „Bündnis Rechts“ bestehen vor allem in der Hetze und Denunziation von AntifaschistInnen und anderen demokratischen Gruppierungen und Personen. Auf dieser Linie lag die am 11. Juli 1999 in Lübeck durchgeführte Neonazi-Demo gegen das Jugendzentrum „Die Alternative“, an der 33 Nazis (vor allem) aus Lübeck und Kiel teilnahmen. Der selbe Kreis ruft nun zu einem Aufmarsch gegen das Wohnprojekt Hafermarkt in Flensburg am 23. Oktober auf. In beiden Fällen wurden Flugblätter verteilt mit Fotos von Personen, die die Neonazis für aktive AntifaschistInnen halten.

Entsprechende Artikel fanden sich auch in der Zeitung des „Bündnis Rechts“, das im Juli mit dem Titel Lübscher Aufklärer erstmals erschien. Das Blatt stellt andere faschistische Gruppierungen vor, berichtet über Neonazi-Aktivitäten und verbreitet rassistische und revanchistische Propaganda. Mit der Schrift versucht der Vorsitzende Dieter Kern das „Bündnis Rechts“ bundesweit in der neofaschistischen Szene zu plazieren. Zumindest die LeserInnen der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“ konnten sich in deren September-Ausgabe schon einmal mit den Ansichten Kerns vertraut machen. Dort betont er wiederholt die Notwendigkeit zur „Einheit der Rechten“, auch wenn der Interviewer der NPD solche Versuche als „völlig erfolglos“ abtut und anmerkt, daß das „Bündnis Rechts“ von den nationalen Parteien – so auch von der NPD – und den freien Gruppen und Verbänden mittlerweile sehr distanziert betrachtet wird“. Sollte dies sich nicht ändern, so wird aus einer Unterstützung des NPD-Wahlkampfes durch das „Bündnis Rechts„ wohl nichts.

JN-Kongress

Zum „6. Europäischen Kongreß der Jugend“ am 30. Oktober lädt der Bundesvorsitzende der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) Sascha Roßmüller ein. Als Redner sind der ehemalige SS-Untersturmführer Herbert Schweiger (75), der britische Nationalrevolutionär Derek Holland („International Third Position“) und der südafrikanische Neofaschist Leon Strydom angekündigt. Für das musikalische Rahmenprogramm sollen die „beiden JN-Liedermacher“ Frank Rennicke und Jörg Hähnel sorgen.

Kerstin Binder

„Notsynode“ gegen den „Zeitgeist“

„Ein Kirchenkampf, gegenüber dem der Kirchenkampf des Dritten Reiches ein Vorhutgefecht war“

Am 4. September wurde in Hannover mit Margot Käßmann zum zweiten Mal in der Geschichte des deutschen Protestantismus eine Frau ins Amt einer Landesbischöfin eingeführt. Aus Protest dagegen hielten Evangelikale zum selben Zeitpunkt und ebenfalls in Hannover eine „Notsynode“ ab.

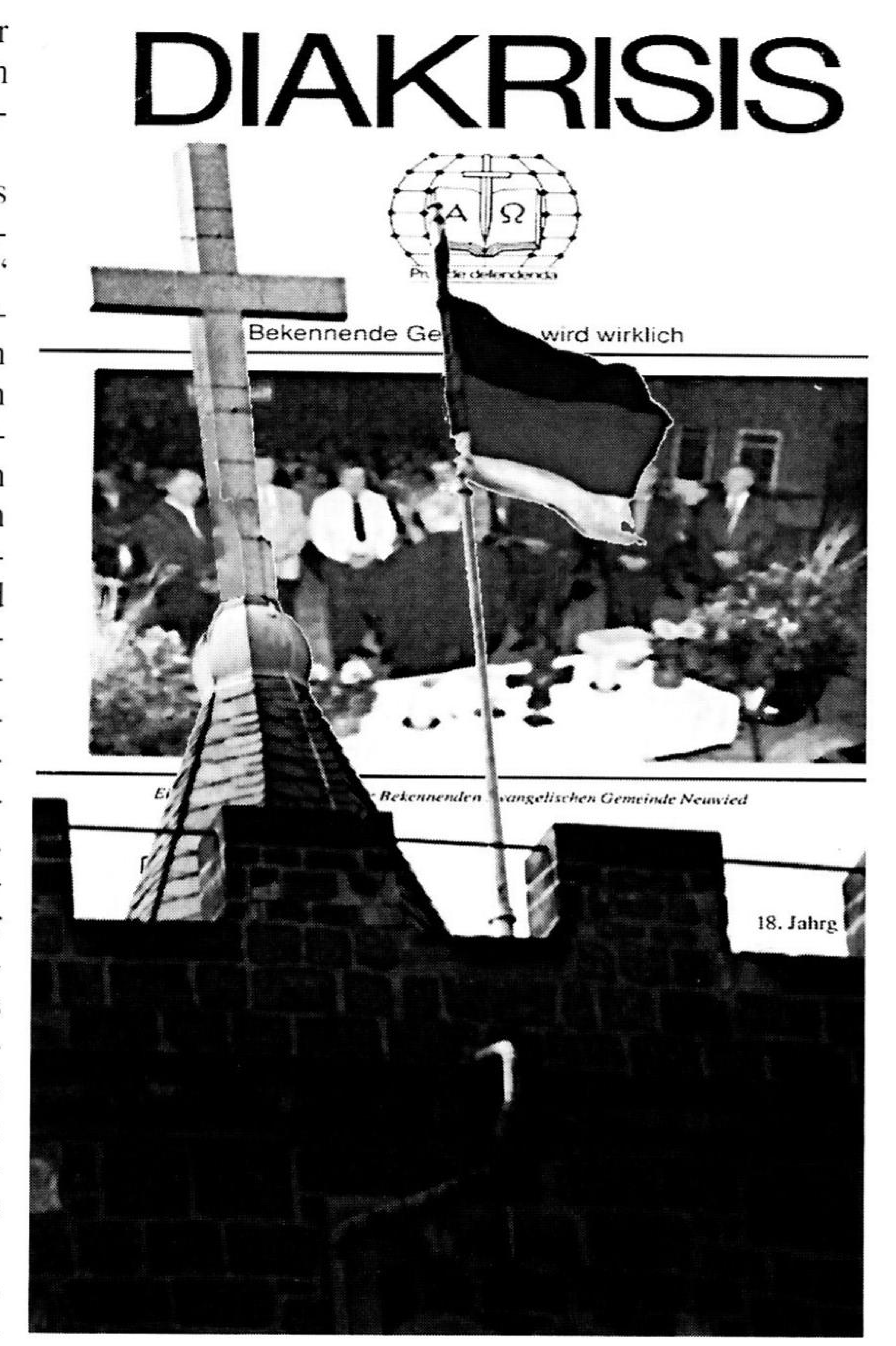
Evangelikale sind konservative ProtestantInnen, die die Handlungsanweisungen der Bibel wörtlich umsetzen wollen; sie bezeichnen sich selbst gern als „bibeltreu“. Insbesondere legen sie Wert auf diejenigen biblischen Gebote, die ein patriarchales Geschlechterverhältnis festlegen. Nach Ansicht der Radikaleren von ihnen dürfen Frauen in der Kirche Männern nicht übergeordnet sein, weshalb sie die Ordination von Frauen zu Pfarrerinnen, ganz besonders jedoch die Einsetzung einer Frau in eine kirchenleitende Position ablehnen.

Der Begriff „Not“synode, mit dem die Protestveranstaltung in Hannover bezeichnet wurde, bezieht sich auf das kirchliche „Not“recht, das die Bekennende Kirche 1934 für sich in Anspruch nahm, um die direkte Einflußnahme der Nazis auf die Evangelische Kirche zu unterbinden. Den Bezug auf die Bekennende Kirche haben die Organisatoren der Hannoveraner Notsynode nicht erfunden. Einige Evangelikale fordern schon seit den siebziger Jahren den Aufbau einer neuen Bekennenden Kirche, die den Einfluß des „modernen Zeitgeistes“ (gemeint sind: historische Bibelkritik, linksliberale Theologie und insbesondere die Frauenbewegung) bekämpfen soll. „Wenn nicht alles täuscht, so stehen wir heute in einem Glaubenskampf, einem Kirchenkampf, gegenüber dem der Kirchenkampf des Dritten Reiches ein Vorhutgefecht war“, äußerte schon 1971 der damalige bayerische Landesbischof Hermann Dietzfelbinger; er fand damit breite Zustimmung vor allem unter den Mitgliedsgruppen des evangelikalen Dachverbandes „Konferenz Bekennender Gemeinschaften“.

Seit Ende der achtziger Jahre versucht vor allem Peter Beyerhaus, die Gründung einer neuen Bekennenden Kirche voranzutreiben. Beyerhaus, seit 1972 Vorsitzender des in der evangelikalen Szene einflussreichen „Theologischen Konvents Bekennender Gemeinschaften“, ist der wohl prominenteste evangelikale Theologe der BRD. Über die Evangelikale Bewegung hinaus bekannt geworden ist der inzwischen emeritierte Tübinger Theologieprofessor als Autor in „Criticón“ sowie mit Vorträgen bei der „Paneuropa-Union Deutschland“ und beim VPM.

Konkrete Formen nahmen die Bemühungen um eine neue Bekennende Kirche 1992 an. Anlass war damals die Wahl von Maria Jepsen zur ersten deutschen Landesbischöfin. Aus Protest dagegen gründeten Evangelikale im Herbst 1992 in Krelingen den „Gemeindenotbund“, dessen Name sich auf den „Pfarrernotbund“ bezog – die Vorläuferorganisation der Bekennenden Kirche. Federführend waren dabei u.a. Peter Beyerhaus und der Krelingener Pfarrer Joachim Cochlovius. Wegen interner Streitigkeiten verlor der „Gemeindenotbund“, der noch im Dezember 1992 in „Gemeindehilfsbund“ umbenannt wurde, innerhalb der evangelikalen Szene schnell an Unterstützung. Heute ist er eine von 20 Mitgliedsorganisationen der „Konferenz Bekennender Gemeinschaften“.

1993 gründeten Evangelikale aus dem Rheinland in Neuwied den „Evangelischen Aufbruch Mittelrhein“ (EAM). Seine erste Aufgabe sollte darin bestehen, Sprachrohr für diejenigen zu sein, die sich gegen Bestrebungen in der Rheinischen Landeskirche wehrten, die Diskriminierung von Lesben und Schwulen zu verringern. (Auch die Ablehnung lesbischer und schwuler Liebe gehört zum Grundbestand patriarchatsstabilisierender Anweisungen, die Evangelikale gewöhnlich wörtlich aus der Bibel übernehmen.) Zunächst versuchte der EAM, die kircheninternen Kräfteverhältnisse zugunsten der Homophoben zu verschieben. Als ein durchschlagender Erfolg ausblieb, brach er 1996 endgültig mit der Rheinischen Landeskirche. Mit Unterstützung u.a. von Peter Beyerhaus gründete er die "Bekennende Evangelische Gemeinde Neuwied", die sich als "wahre evangelische Kirche im Rheinland" versteht. Weitere Gemeindegründungen sind bisher allerdings gescheitert.



Einen Versuch, verschiedene Ansätze rechter Kirchenkritik zwecks Gründung einer neuen Bekennenden Kirche zu bündeln, unternahmen der EAM und der „Gemeindehilfsbund“ gemeinsam u.a. mit der „Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland“ auf einem „Orientierungstag“ am 17. Oktober 1998 in Siegen. An der Veranstaltung in der Siegener Hammerhütte nahmen ca. 600 Personen teil. Das Treffen blieb ohne konkrete Ergebnisse, brachte jedoch Erfolg in der Öffentlichkeitsarbeit: Ulrich Motte, Ehrengast des „Orientierungstags“, ansonsten als „Criticón“-Autor, eifriger Leserbriefschreiber in der „Jungen Freiheit“ und Mitglied des „Evangelischen Arbeitskreises“ der Münchner CSU bekannt, berichtete über die Zusammenkunft ausführlich im „Focus“.

Die „Notsynode“ vom 4. September in Hannover, von Klaus Motschmann in der „Jungen Freiheit“ als „schon vorab, unabhängig vom Verlauf und ihren Ergebnissen, als vollauf gelungen“ beurteilt, wurde ein Misserfolg. Statt der erwarteten 2.000 kamen lediglich 150 TeilnehmerInnen in das Audimax der Universität, was vor allem an dem öffentlichen Druck gelegen haben dürfte, den Kirche und Lokalpresse ausübten – u.a. wurden PfarrerInnen, die die Notsynode unterstützten, mit Disziplinarverfahren bedroht. Ursache für die geringe Beteiligung war wohl auch, dass der in der Evangelikalen Bewegung bekannte Vorsitzende des „Gemeindehilfsbundes“, Joachim Cochlovius, seine Mitwirkung kurzfristig abgesagt hatte. Die dürftigen Beschlüsse, die auf der Notsynode verabschiedet wurden, bringen das Projekt „Neue Bekennende Kirche“ aller Voraussicht nach nicht voran. Und der auf der Notsynode eingesetzte „Reformrat“ wird vermutlich bedeutungslos bleiben; seine Mitglieder – der Krusendorfer Unternehmer Rudi Weinmann, der Plöner Pädagoge Philip Prinz von Preußen und der Lüneburger Architekt Wilhelm Schoen – sind bisher nicht öffentlich in Erscheinung getreten und scheinen wenig Anziehungskraft auszustrahlen.

Trotz des Scheiterns der „Notsynode“ werden Evangelikale weiterhin an einer „Neuen Bekennenden Kirche“ basteln. Der EAM hat sich inzwischen in „Evangelischer Aufbruch in Deutschland“ umbenannt; den Terminankündigungen der „Jungen Freiheit“ konnte man entnehmen, dass seine „Bekennende Evangelische Gemeinde Neuwied“ seit dem 5. September 1999 ihren ersten hauptamtlichen Pfarrer beschäftigt. Und die „Kamen-Initiative ‘Gründungsverein Bekenntnissynode’“ hat inzwischen eine Stelle für einen „bibeltreuen Pastor“ für neue Bekennende Gemeinden ausgeschrieben.

Christian Christians

Propaganda oder Information?

Die „tageszeitung" (taz) und die Anthroposophen

Seit 1995 erscheinen in der taz Sonderbeilagen zum Thema Anthroposophie, ab 1999 zweimal jährlich. Die Verlagsbeilagen haben stets verschiedene Schwerpunkte, wobei Differenziertheit und Offenheit häufig jedoch mehr vorgetäuscht, als tatsächlich vorhanden waren.

Spätestens nach einer Untersuchung einer von der niederländischen Anthroposophischen Gesellschaft eingesetzten Kommission zum Rassismus ihres Gründers Rudolf Steiner und nach der juristischen Verfolgung kritischer Bücher durch anthroposophische Einrichtungen, versuchen sich die Anhänger der Lehre in einer neuen "Offenheit". Zwar häufen sich Veröffentlichungen aus eigenen Reihen zu umstrittenen Punkten, diese verdunkeln die Realität jedoch eher, als dass sie sie erhellen. Die Beilagen der taz, an denen häufig Anthroposophen mitarbeiten, sind in erster Linie Werbung für die Lehre Steiners, auch wenn vordergründig selbst kritische Themen berührt werden. Wie die anthroposophische Szene geschönt wird und wie Mythen aufrecht gehalten werden, soll im Folgenden gezeigt werden.

Im Gespräch mit Reuveni

Einen Tag vor den Osterfeiertagen 1998 veröffentlichte die taz eine Verlagsbeilage. Der Schwerpunkt der Beilage war die zunehmende Kritik an der Anthroposophie und besonders ihrer Rassenlehre. Ein Höhepunkt an Desinformation dabei ist ein Interview mit dem anthroposophischen Autor Amnon Reuveni um den Themenkreis Kritisches an der Anthroposophie, Kritiker und Umgang mit diesen. Neben den üblichen Argumenten, es würde zumeist falsch zitiert bzw. Aussagen aus dem Zusammenhang gerissen, teilt Reuveni die Kritik in zwei Gruppen ein: in eine, die „berechtigte Fragen" aufwirft, und eine, die nur „Kampagnen" dient. Dabei wird die Untersuchung der niederländischen Kommission der dortigen Anthroposophen zur „Rassenlehre" zwar erwähnt (Reuveni begrüsst diese sogar); ihr Ergebnis wird jedoch nicht kommentiert, dem Leser wird vorenthalten, worum es überhaupt geht.

Reuveni gesteht ein, dass der Kritik, die „berechtigte Fragen" aufwirft - über Fakten verfügen Kritiker offensichtlich seiner Meinung nach nie – häufig Dogmen entgegengehalten werden. Das erstaunt, weil sich Reuveni selbst in den letzten Jahren als grosser Dogmatiker erwiesen hat.

Verschwörer Reuveni

Reuveni löste Mitte der 90er Jahre eine interne Krise bei den Anthroposophen aus. Damals arbeitete er beim Verbandsorgan der anthroposophischen Gesellschaft „Das Goetheanum" und schrieb einen ungewöhnlich langen Verriß der Steiner-Biographie des anthroposophischen Historikers Christoph Lindenberg. Reuveni warf ihm vor, scheinwissenschaftlich und dogmatisch zu sein, da sich Lindenberg erdreistet hatte, einen „Entwicklungsweg" bei Steiner nachzuzeichnen. Für Reuveni macht sich Lindenberg dadurch zum „Eingeweihten", der diese „Einweihung" Steiner abspricht. Steiner soll nämlich laut Reuveni seine „Einweihung" durch mehrere Inkarnationen erhalten haben und nicht durch Erfahrungen aus seinem letzten Leben. Die Wandlungen, die er durchgemacht habe, hätten nur statt gefunden, um seine Anhänger an sein Denken heranzuführen. Eine Entwicklung mit Fehlern und Irrtümern ist somit unmöglich. Der anschliessende Streit ist ein Musterbeispiel für die Kritikunfähigkeit der Anthroposophen und führte, nach langer Verdrängung des Problems, zu Reuvenis Entlassung beim „Goetheanum".

Bei der Frage nach dem „rechten Rand" der Anthroposophie verweist Reuveni in dem Interview auf Werner Georg Haverbeck und dessen Buch „Rudolf Steiner - Anwalt für Deutschland" sowie auf ungenannte „andere". Sofern bei der Anthroposophie überhaupt von einem „rechten Rand" gesprochen werden kann und sie nicht komplett in das rechts-esoterische Spektrum eingeordnet werden muß, gehört Reuveni selber diesem Rand an. Als Mitarbeiter der Zeitschrift „Das Goetheanum" schrieb er eine Reihe von Artikeln, die, ergänzt um weitere Texte, 1994 unter dem Titel: „Im Namen der 'Neuen Weltordnung'" beim „Verlag am Goetheanum" veröffentlicht wurden. In diesen Texten entwickelt Reuveni die Verschwörungsmythen von Rudolf Steiner weiter, welche auch für Haverbeck Grundlage sind. Er beschrieb angloamerikanische Verschwörerkreise, die stets an einer von ihnen beherrschten Weltordnung basteln und die sich gegen die mitteleuropäische Kultur, womit im allgemeinen die deutsche Kultur gemeint ist, richten würden. Laut Reuveni hätten die Nationalsozialisten als Ziel nicht nur die „Endlösung der 'Judenfrage'", sondern als „eigentliches Ziel" die „Endlösung der 'Deutschenfrage'" gehabt. Obwohl er somit die Geschichte auf den Kopf stellt, schreibt er zugleich, dass er den Revisionismus, also die Umschreibung der Geschichte, ablehnt. Die Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938 ist nach Reuveni nicht Ergebnis der Unterminierung durch die Deutschen, sondern des tschechischen Nationalismus und des Umstandes, dass der Staat die anthroposophischen „Impulse" nicht aufgenommen habe. Auch ansonsten biegt er die Geschichte in einer anthroposophischen Art zurecht. Amnon Reuveni gestaltet heute den Heftteil „Kontemporär" der „Info 3", einer organisationsunabhängigen anthroposophischen Zeitschrift, und setzt dort seine „verschwörerischen" Artikel fort.

Finanzierung gar nicht alternativ

In der letzten Beilage 1998 stand die Frage der Finanzierung im Vordergrund. Im sogenannten „Haus der Schenkung" in Berlin sollen „gemeinnützige Einrichtungen von Gewinnen aus der Vermietung profitieren". Die Anschubfinanzierung von 1,2 Millionen DM für das 30-Millionen-Projekt soll durch Schenkung oder eine Stiftung aufgebracht werden. Wie in einem alternativen Projekt, nur in grösseren Dimensionen, werden gewerbliche Betriebe, wie z.B. anthroposophisch-pharmazeutische Firmen, gemeinnützige Einrichtungen, wie z.B. einen Waldorf-Kindergarten, finanzieren.

Im Anschluß wird der Neu- und Umbau von Einrichtungen des anthroposophischen Konzernes „Weleda" geschildert, dessen Erweiterung aufgrund des Wachstums des Heil- und Pflegemittelproduzenten in den letzten Jahren notwendig geworden ist. Die Finanzierung des 50-Millionen-Projektes wird von der „GLS-Gemeinschaftsbank" organisiert. Bei der anthroposophisch orientierten Bank wie auch bei „Weleda" werde auf „politisch korrekte Unternehmensführung" wert gelegt.

Der dritte Artikel der Beilage geht auf die nach anthroposophischen Vorstellungen gebaute Filderklinik in Filderstadt bei Stuttgart ein. Schwärmerisch werden die architektonischen Besonderheiten beschrieben und dabei auch die astronomischen Baukosten erwähnt; über die Finanzierung wird nichts ausgesagt. Die Hintergründe des Krankenhaus sind jedoch recht interessant. Das Gemeinnützige Gemeinschaftskrankenhaus Filderklinik wird von der 1965 gegründeten „Mahle-Stiftung" finanziert, in die die Brüder Ernst und Hermann Mahle einen Grossteil ihres Vermögens einbrachten. Sie besitzt 99 Prozent des Kapitals des Mahle Konzernes, der mit über 3,3 Milliarden Umsatz einer der grössten deutschen Automobilzulieferer ist. Die „Mahle-Stiftung", deren stilles Vermögen auf über eine Milliarde DM geschätzt werden kann, dürfte zu den reichsten Finanziers der anthroposophischen „Bewegung" gehören. Sie unterstützt nicht nur die Filderklinik, die in „der Grund- und Akutversorgung auf Grundlage der anthrop. erweiterten Medizin" tätig ist, sondern auch deren angeschlossene Einrichtungen, ein anthroposophisches Ärzte-Seminar sowie eine Krankenpflegeschule mit 60 Ausbildungsplätzen. Die „Mahle-Stiftung" ist bedeutend für die gesamte Anthroposophie, in der taz findet sie jedoch keine Erwähnung. Dies mag daran liegen, dass die Finanzierung durch einen milliardenschweren Automobilkonzern weder alternativ anmutet noch als „politisch korrekt" bezeichnet werden kann. Auch passt dies kaum zu dem alternativen Mythos der anthroposophischen Szene, der auch von der taz gepflegt wird.

Kohle statt Kritik?

Der sicherlich wichtigste Grund für die re-

gelmässige Veröffentlichung von Beilagen zum Thema Anthroposophie in der taz liegt im grossen Anzeigengeschäft, dass damit verbunden ist. Dieses ist in der taz ansonsten noch immer schwach. Doch auf rein ökonomische Gründe lässt sich die Haltung des Blattes nicht reduzieren. Sowohl das Klientel der Anthroposophie als auch die Leserschaft der taz liegen beide im linksalternativen Bürgertum und weisen so eine entsprechende Schnittmenge auf. Ob die Zeitung sich damit wirklich einen Gefallen tut, ist fraglich. Zum Abbau der Kritikunfähigkeit der Anthroposophen oder zur Beseitigung von Legenden hat die taz keinen Beitrag geleistet.

Stefan Peter

Buchmesse Frankfurt

Podium für zweifelhafte Verlage

Auch die diesjährige Frankfurter Buchmesse bot neben ernstzunehmenden deutschsprachigen Verlagen und Publikationen auch antidemokratischen, militaristischen, obskuren, okkulten und Sekten-Verlagen ein Podium; dazu zählten diverse an der Weltanschauungslehre Rudolf Steiners orientierter Verlage ebenso wie der neurecht-esoterische „Arun-Verlag" des ehemaligen JF-Mitarbeiters Stefan Ulbrich, in dessen Prospekt zwar "nur" 20 esoterische Bücher beworben werden, an dessen Stand jedoch auch die Werke standen, mit denen Arun bekannt wurde, wie z.B. "Die schwarze Sonne von Tashi Lhunpo" von Russel McCloud. Neben „Arun" warb der ebenfalls von Ulbrich gegründeten "Gaia-Versand für Naturreligion, Schamanismus und Spirituelle Ökologie" an diesem Stand. An einem weiteren Gemeinschaftsstand war der verschwörungstheoretische „Ewertverlag" vertreten, bekannt für die antisemitischen Bücher "Geheimgesellschaften" von Jan Udo Holey alias Jan van Helsing, daneben warben hier erstmals der „TPI-Verlag" Matthias Bormanns aus Radeberg (im Angebot auch das esoterische Fernlehrinstitut "Thanatopsychologisches Instituts") sowie die esoterischen Kleinverlage „Edition Tetraeder", „Edition Akasha" und „Edition Edis" des nach wie vor die Übersetzungen der „Geheimgesellschaften" vertreibenden Buchgroßhändlers „Edis". Neben anderen waren in Frankfurt auch der Michaelis Verlag und Vertrieb aus Peiting (z.B.: "Die Schwarze Sonne" ("Montauk und die Nazi-Connection und ihre okkulten Hintergründe") sowie die beiden verschwörungstheoretischen Bücher "Die Macht I+II. Geheimgesellschaften" eines Jonathan May oder der „Ama Deus-Verlag", bei dem von Jan Udo Holey das Buch: "Die Akte Jan van Helsing. Eine Dokumentation über das Verbot zweier Bücher im ‚freiesten Land deutscher Geschichte'" erschienen ist. Holey, der persönlich am Stand vertreten war, schreibt in seinem sechsten Buch, „Ama deus" gehöre seiner Mutter und sei nach seinem Sohn benannt.



Alain de Benoist (li.) im Gespräch mit Dieter Stein (re.), JF

Das rechtskonservative Spektrum repäsentierten neben anderen Verlage wie „Koehler & Mittler", „Aviatic" oder den „Motorbuch-Verlag", die mit militaristischen und kriegsverherrlichenden Büchern den Krieg insgesamt sowie die Rolle der Wehrmacht speziell in ein teilweise fragwürdiges Licht stellen, oder Verlage wie der „Bernard & Graefe-Verlag", die Schriften von Andreas Hillgruber und dem Nazi-General Karl Dönitz vertreiben. Vertreten waren weiterhin der „Mut-Verlag", der zur rechten Politsekte „Bund gegen Anpassung" (BgA) aus Freiburg zählende „Ahriman-Verlag" sowie der germanophile „Bund für die deutsche Sprache", an dessen Stand zum Teil heftig versucht wurde, die angeblichen Notwendigkeit des allgemeinen Rückfalls in die Frakturschrift zu betonen. Ebenfalls in Frankfurt war der ultrarechte „Leopold-Stocker-Verlag" aus Graz, zu dessen Sortiment u.a. das von Caspar von Schrenck-Notzing herausgegebene "Lexikon des Konservativismus" oder das Buch: "Bye-bye '68..." von Claus M. Wolfschlag zählt, sowie ertmals mit einem eigenen stand das neurechte Magazin „Criticon", das zu diesem Anlaß mit einem neuen Outfit und einer Internet-Adresse aufwartete, das aber zahlreiche Besucher vor allem durch seine sinnigerweise braunen Papiertüten begeistern konnte, weit mehr als die Stofftaschen der ebenfalls anwesenden rechtsextremen Wochenzeitung „Junge Freiheit". Bei dieser wurde die Buchmesse immerhin so wichtig genommen, daß Teile der Redaktion in Frankfurt anwesend waren, allen voran Dieter Stein, der es sich nicht nehmen ließ, zur Vorstellung des bei der JF erschienenen neuen Buches von Alain de Benoist mit dem neurechten Theoretiker selbst ein öffentliches Gespräch zu führen – die wohl erhoffte Presseresonanz auf Benoist blieb allerdings angesichts von ca. 15 Zuhörern, diese ohnehin mehrheitlich für die JF schreibend, aus. Weitaus größer war das Publikum bei einer zeitgleichen Buchvorstellung am Stand des Herder-Verlages, einen Gang weiter, in dem die mit Sicherheit nicht der Sozialdemokratie verdächtigte publizistische Dreierbande Elisabeth Noelle-Neumann, Wolfgang Donsbach und Hans-Matthias Kepplinger ihr neustes Werk vorstellten. Obgleich Kepplinger einige Wochen zuvor der „Jungen Freiheit" ein Interview gegeben hatte, ließ selbst er sich nicht an deren Stand blikken.

Todestag von Rudolf Heß — Bilanz 1999, Teil 2

In diesem Jahr beschränkte sich die neonazistische Szene auf kleinere und kleinste Aktionen und Veranstaltungen anläßlich des 12. Todestags Rudolf Heß´ vom 17. August 1987. Im vergangenen Jahr versuchte man noch zusätzlich den 100. Todestag von Otto von Bismarck zur Mobilisierung zu nutzen. Das „Zentralorgan" sprach 1998 gar von einer „Bismarck-Kampagne" zugunsten des Reichskanzlers aus dem 19. Jahrhundert. Dieses Jahr stand wieder ausschließlich Heß im Zentrum der „Rudolf-Heß-Gedenkwochen" vom 7. bis zum 21. August.

Am Nachmittag des 14. August fand in Bern vor der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland ein „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch" statt. Unter den Teilnehmern befanden sich neben Schweizern und Deutschen auch einige Franzosen. Als Redner der von der Schweizer „Hammerskins" mitorganisierten Veranstaltung trat der ehemalige Bundesvorsitzende der verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei", Friedhelm Busse, auf. Die Angaben über die Teilnehmerzahl in der Schweizer Hauptstadt schwanken zwischen 30 und 100 Personen. Mobilisiert hatte zu der Kundgebung das „Nationale Infotelefon Karlsruhe" zunächst in den „Bodenseeraum". Schleusungspunkt war dann ein Schützenhaus in der Nähe von Wangen an der Aare (Kanton Bern). Der kurze Aufmarsch in Bern fand weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Doch anders als in Luxemburg vor fünf Jahren wurde der braune Aufmarsch nicht von Polizisten in kurzärmligen Sommerhemden aufgelöst. In der Bundesrepublik waren auch für dieses Wochenende zahlreiche Versammlungs- und Demonstrationsverbote, darunter in Wunsiedel, verhängt worden. Zum Ende der braunen „Aktionswochen" demonstrierten wiederum im Ausland, dieses Mal in der tschechischen Hauptstadt Prag, Skinheads unter deutschen „Reichskriegsflaggen". Die „HNG-Nachrichten" berichteten in einem Überblickartikel von Aktionen in Rostock-Warnemünde, Barmstedt (Kreis Pinneberg), Frankfurt/Oder, Landkreis Oberhavel, Henningsdorf, Berlin-Hellersdorf und Oranienburg. Bilanziert wurden in dem Beitrag auch „insgesamt 200 Festnahmen". Der Betreiber des „Nationalen Infotelefons Schwaben" in dem Schwarzwaldstädtchen Calw, Dennis Entenmann, beließ es nicht bei Aufrufen, sondern schritt gleich selbst zur Tat. In mehreren Stadtteilen der baden-württembergischen Kreisstadt wurden große Mengen an Propagandamaterial verklebt.

Die genaue Zahl propagandistischer Veranstaltungen und Straftaten zugunsten des einstigen Stellvertreters von Adolf Hitler lässt sich nicht feststellen. Fakt hingegen ist, dass es keine große bundesweite Demonstration und noch nicht einmal den Versuch gab, eine solche Propagandaveranstaltung in der Bundesrepublik zu organisieren.

Raimund Hethey

Mit „Opposition“ zur nationalen Union

Karl Richters Zeitschriftenprojekt aus dem Hause Sudholt

Opposition steht seit dem 16. Jahrhundert für „Gegensatz, Widerspruch, Gegnerschaft“. Die 1998 gegründete Zeitschrift „Opposition. Magazin für Deutschland“ gibt an gegen Bonn, Brüssel, Berlin und gegen das tägliche Desaster zu opponieren.

Die Macher berufen sich auf Mao Tse-Tung (...zwischen uns und den Feinden ein klarer Trennungsstrich...), auf Marx (Das gesellschaftliche Leben ist wesentlich praktisch. Alle Mysterien, welche die Theorie zum Mystizismus verleiten, finden ihre rationelle Lösung in der menschlichen Praxis und im Begreifen dieser Praxis) und auf Lenin (Die Zeitung ist nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator...). Opposition für Deutschland. Dahinter kann sich keine neue linke Zeitung verbergen. Die Fähigkeit aus den Werken der Klassiker abzuschreiben, sagt noch nichts über die Kunst der Theoriebeherrschung aus. Im Gegenteil die Macher von „Opposition“ sind sattsam bekannte Neo-Faschisten, die mit ihrem elitären Organ einen wiederholten Versuch starten eine gemeinsame Theorie-Plattform für verstreute Kameraden zu schaffen. Das andere Ziel ist die Vereinnahmung des Begriffs „Opposition“, unter dem die verschiedensten Strömungen gesammelt werden sollen, um vielleicht doch irgendwann parlamentarisch eine vereinigte Faschistenpartei ins Leben zu rufen. Opposition bezieht sich vom Ursprung seiner Bedeutung her auf das Parlament, das den Neo-Nazis immer noch als Abzockerbude von Bedeutung war, wovon die parlamentarische „Arbeit“ der DVU ein beredtes Zeugnis gibt.

Im Impressum der Zeitschrift wird Karl Richter als verantwortlicher Chefredakteur ausgewiesen. Richter hat eine Karriere in verschiedenen faschistoiden Organisationen und Publikationen hinter sich. Bis heute ist er in der Redaktion von „Nation & Europa“, jenem Theorieblättchen, das der SS-Hauptsturmführer und Chef der Bandenbekämpfung im Führerhauptquartier, Arthur Ehrhardt, der Nachwelt hinterlassen hat.

Der 37jährige Karl Richter hat verschiedene neo-faschistische Organisationen durchlaufen. Er war Mitglied der „Republikaner“ und der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“. Immer wieder nahm er Aufgaben im publizistischen Bereich wahr. Zunächst schrieb er kleinere Beiträge und Artikel für die Zeitschriften „Student“, „Deutsche Monatshefte“, „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“, „Nation“, „Staatsbriefe“ und „Identität“. Mit Referaten bei der „Gesellschaft für freie Publizistik“, beim „Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk“, beim „Deutschen Seminar“ und dem „Deutschen Freundeskreis Franken“ schaffte sich Richter eine Basis für sein weiteres Fortkommen im neo-faschistischen Netzwerk. Erste leitende Funktion bei der Nazi-Presse übernimmt Richter bei der „Münchner Freiheit“, die der militanten „Burschenschaft Danubia“ nahesteht. Gleichzeitig dient er sich der „Jungen Freiheit“ als freier Mitarbeiter an, um dort bereits ein Jahr später als Redakteur im Impressum genannt zu werden. Sein Angestelltenjob bei Harald Neubauer, „Republikaner“-Mitglied des Europäischen Parlaments und Parteigänger der NSDAP/AO, nutzt Richter für einen weiteren Aufstieg.

1990 wird er Chefredakteur des Parteiorgans „Der Republikaner“ und führt diese Aufgabe nach Gründung der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ Ende 1990 für deren inoffizielles Parteiblatt „Deutsche Rundschau“ fort. 1992 findet er seine vorläufige Bleibe bei „Nation und Europa“. 1998 wird er der Verantwortliche der „Opposition. Magazin für Deutschland.“ Die Zeitschrift erscheint in Berg am Starnberger See unter dem Dach der „VGB Verlagsgesellschaft mbH“, deren Leitung in den Händen von Gert Sudholt liegt. Sudholt war aktives Mitglied der NPD und hat jahrelang die „Gesellschaft für Freie Publizistik“ (GFP) angeführt. Er kaufte sich in verschiedene neo-faschistische Verlage ein und verdiente sich mit geschichtsrevisionistischer und Auschwitz leugnender Literatur eine goldene Nase. Für die Veröffentlichung eines Auschwitz leugnenden Artikels des französischen Nazis Robert Faurisson erhielt Sudholt eine sechsmonatige Haftstrafe und 10.000 DM Geldstrafe. Seinem ökonomischen Potential dürfte die „Opposition“ ihre Existenz verdanken. Vermutlich sieht Sudholt in Karl Richter einen würdigen Erben. Der bisherige Lebensweg Richters läßt Schlüsse auf die Struktur und den Inhalt des neuen Zeitschriftenprojekts zu. Im ersten Jahrgang kommen fast alle neo-faschistischen Zirkel und Organisationen zu Wort, bei denen Richter früher aktiv sein durfte. Im Unterschied zu anderen Presse-Organen der Neo-Faschisten erscheint „Opposition“ in einem aufwendigen Lay-Out, ähnlich der „Wir Selbst“ aus dem faschistoiden „Bublies“ Verlag. Die Zeitung ist nicht billig gemacht und wird teuer verkauft (14,80 DM). Geworben wird fast ausschließlich für Produkte des Hauses „Sudholt“. Thematisch besetzt das Blatt die klassischen Felder des Neo-Faschismus: Anti-Amerikanismus mit verdecktem Antisemitismus, Rassismus im Gewand des Ethnopluralismus (Europa den Europäern, Afrika den Afrikanern usw.), Geschichtsrevisionismus (Glorifizierung der Hitler-Jugend), traditioneller Militarismus (Verherrlichung der Wehrmachtsgeneräle), Revanchismus (Kritik an den rot-grünen Streichungen für Vertriebene), Feindschaft gegenüber Linken und Liberalismus (zynischer unwissenschaftlicher Totalverriß der „Kritischen Theorie“) und der völkische Nationalismus (Deutschland, Deutschland über alles und allem, eben Magazin für Deutschland). Nach der Umstellung auf zweimonatliches Erscheinen, sind die Themen aktueller, die Hefte, ähnlich wie „Nation & Europa“ ein bunter Mischmasch. Deutlich



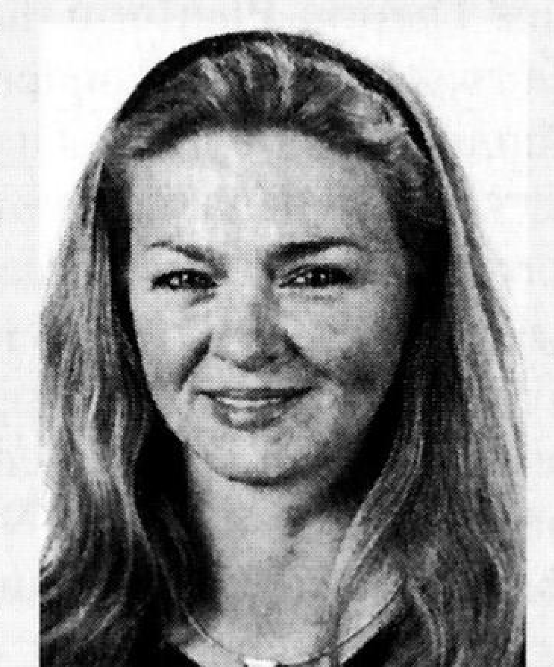
zu erkennen sind die Anstrengungen, eine Vereinigung der Neo-Faschisten voranzutreiben, insbesonderen mit der NPD und der DVU. NPD-Funktionäre wie Michael Nier und Christian Rogler, sowie Franz Schönhuber von der DVU können regelmäßig in „Opposition" publizieren, ebenso wird auf die Meinung von Mechtersheimers „Deutschlandbewegung" und den Anliegen der „Sudetendeutschen" Wert gelegt. Die propagierte System-Opposition beschränkt sich auf die bürgerlichen Parteien der Bundesrepublik. Ökonomisch bleibt die Zeitschrift „Opposition" den kleinbürgerlich-kapitalistischen Ideen von Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack verhaftet: der sozialen Marktwirtschaft, wobei deren Grundlagen zur Zeit des deutschen Faschismus an der Macht entwickelt wurden. Ein eifriger Verfechter der „sozialen Marktwirtschaft" ist Volker Biek, der ebenfalls in „Opposition" zu Wort kommen muß. Biek hat mit seinem Band „Der Deutsche Weg. Unser nationaler Aufbruch ins 21. Jahrhundert" einen möglichen Weg vorgeschlagen, der vielleicht auch der „Opposition" genehm sein könnte. Zumal Bieks Text im selben Verlag erschien wie die „Opposition". Biek will zurück in die präfaschistische Zeit: „Daraus folgt - und auch hier sollte man sich nicht auf allzu exakte Zahlen festlegen -, daß es im historischen Kontext wieder um eine ähnliche Gruppierung geht wie ehedem die DNVP (deutschnationale Volkspartei), die sicherlich auf einen dauerhaften Stimmenblock von um die 15 Prozent käme. Das könnte heute eine Nationale Union sein. Aber über alle diese bestimmenden Erfolgsvoraussetzungen muß man angesichts einer west-östlichen protestantischen Mehrheit im „Reich" endlich einmal offen sprechen." Biek, der im Zusammenhang von Ludwig Erhard immer wieder von der „Brigade Erhard" schreibt und sich damit bewußt in einer Linie mit den Freikorps der Zwanziger Jahre und deren Mordtaten stellt, gibt sich am Ende seines Bandes ganz in soldatischer Manier kämpferisch: „Die Frage wird nicht lauten: Egalität oder Prosperität, wie es Professor Herbert Giersch vom Kieler Institut für Weltwirtschaft formulierte. Unsere Forderung muß lauten: Egalität und Prosperität. Das ist unser Weg, der deutsche Weg. Dies wird, konservativ-national, der Deutsche Aufbruch ins 21. Jahrhundert werden. Venceremos - wir werden siegen." Am Rande sei bemerkt, dass Oppositions-Autor und NPDler Michael Nier dieses Machwerk von Biek im „Neuen Deutschland", dem PDS-nahen Zentralorgan rezensieren konnte. Sächsisch verschmitzt änderte Nier den Titel: er strich das Wörtchen „nationaler" und konnte damit beim verantwortlichen Redakteur Hans-Dieter Schütt durchkommen, der sich später damit entschuldigte, dass bei einer Öffnung des Blattes die Wachsamkeit auf der Strecke bleiben kann.

DVU-Erfolg in Bremerhaven

„Wir sind und bleiben die Hochburg der DVU in Deutschland", zeigt sich Siegfried Tittmann nach dem kommunalen Wahlerfolg der „Deutschen Volksunion" (DVU) Ende September 1999 in Bremerhaven erfreut. Mit 5,19 Prozent wird die DVU in Bremerhaven wieder mit drei Abgeordneten ins Parlament einziehen. Bereits seit zwölf Jahren fahren die Rechtsradikalen hier regelmäßig kommunale Wahlsiege ein - 1987: 5,31 Prozent; 1991: 10,26 Prozent; 1995: 5,73 Prozent. Und der DVU-Landeschef und Bremerhavener Stadtverordnete Tittmann holte im Juni in Bremerhaven bei der Bürgerschaftswahl sogar 5,99 Prozent - und zog als einziger DVU-Abgeordneter in die Bremer Bürgerschaft ein.

DVU-Fraktion wird kleiner

Die neofaschistische DVU-Fraktion im Magdeburger Landtag schrumpft weiter. Der DVU-Fraktionschef, Helmut Wolf, sagte Ende Oktober, die Fraktion habe beschlossen, sich von der Abgeordneten Veronika Brandt zu trennen. Der Fraktions-Vize, Dieter Kannegießer, habe daraufhin angekündigt, die Fraktion ebenfalls zu verlassen. Zudem werde der derzeit fraktionslose Abgeordnete Jörg Büchner doch nicht Gast der Fraktion. Die DVU-Fraktion hat damit noch zehn Mitglieder im Magdeburger Landtag. Nach der Landtagswahl war die Partei zunächst mit 16 Vertretern ins Parlament eingezogen.


Veronika Brandt


Dieter Kannegießer